

# Holzarbeiter

# Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitsvermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzelle. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf P7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 17

Berlin, den 23. April 1932

40. Jahrgang

## Arbeitsbeschaffung tut not!

Eine Kundgebung von ungewöhnlicher Wucht war der außerordentliche Gewerkschaftskongreß, der am 13. April im Plenarsaal des Reichstags abgehalten wurde. Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung war der einzige Punkt der Tagesordnung. Eine Forderung von so vordringlicher Wichtigkeit, daß sich ihr niemand entziehen kann.

Die Forderung nach Arbeitsbeschaffung, nach Maßnahmen, um der unaufhaltsam fortschreitenden Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun, ist von den Gewerkschaften in den letzten zwei Jahren oft und eindringlich erhoben worden. Die wachsenden Arbeitslosenzahlen zeigen, daß bisher wirksame Mittel gegen das Übel nicht angewendet wurden.

Der Einwand, daß die riesengroße Wirtschaftsnot ein internationales Übel ist, dem im nationalen Rahmen nicht wirksam gesteuert werden kann, zumal in dem verarmten Deutschland, das unter der Kapitalnot zusammenzubrechen droht, hat eine gewisse Berechtigung. Aber bisher sind auch durchführbare Maßnahmen unterblieben, wie die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit, obwohl in dieser Hinsicht vom Reichsarbeitsminister Stegerwald auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß Versprechungen gemacht wurden, die in naher Zukunft eingelöst werden sollten. Nichts ist auf diesem Gebiete geschehen.

Wohl wurden große Summen aufgewendet, um zusammengebrochene kapitalistische Unternehmungen zu sanieren. Den Ruf der Arbeiter nach Arbeitsbeschaffung, nach Verkürzung der Arbeitszeit, um wenigstens einem Teil der Arbeitslosen wieder Beschäftigungsmöglichkeit zu geben, hat man überhört und mit leeren Versprechungen beantwortet. Das einzige Reale, das den Arbeitern geboten wurde, waren Lohnabzüge in unerträglichem Maße. So eifrig war die Regierung in der Erfüllung der Wünsche der Unternehmer, daß diese nun in großem Umfange die Tarifverträge gekündigt haben, in der sicheren Erwartung, auch bei dem geplanten weiteren Lohnabbau die Unterstützung der Regierung zu finden.

Das Anwachsen der radikalen Parteien rechts und links ist die direkte Folge der Wirtschaftsnot. Der Radikalismus bedroht das Gefüge der Republik. Die erfolgreiche Abwehr bei der Wahl des Reichspräsidenten ist in hohem Maße der republikanischen Disziplin der Gewerkschaftsmitglieder zu danken. Die Arbeiterschaft hat ein Recht darauf, zu verlangen, daß der Verzweiflungsschrei der Hungernden gehört

werde und daß sich die Arbeiterpolitik der Regierung nicht darauf beschränke, nach dem Diktat der Unternehmer die Lebenshaltung der wenigen noch beschäftigten Arbeiter immer tiefer herabzudrücken.

Um dies den herrschenden Gewalten recht deutlich zum Bewußtsein zu bringen, ist für diese Kundgebung die Form eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses gewählt worden. Der eindrucksvolle Verlauf der Tagung berechtigt zu der Erwartung, daß die Stimme der Gewerkschaften gehört wurde und die gebührende Beachtung findet. Die Gewerkschaften erheben keine utopischen Forderungen. Sie nehmen Rücksicht auf die finanziellen Nöte der Reichsregierung, die deren Bewegungsfreiheit einschränken. So riesengroß ist die Not der Massen, daß es nicht möglich ist, sie mit einem Schlage zu beseitigen. Aber es ist die allerhöchste Zeit, daß angesichts der außerordentlichen Lage außerordentliche Schritte unternommen werden, die eine merkbare Verminderung des Arbeitslosenheeres herbeiführen.

Das Ergebnis des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses war die einstimmige Annahme der folgenden

### Entschliebung:

#### I.

Die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend im Lande haben ein Ausmaß erreicht, das den Staat verpflichtet, unter Aufwand seiner ganzen Kraft dem Schrumpfungsprozeß der Wirtschaft entgegenzuwirken und den aus der Produktion ausgeschalteten Arbeitskräften wieder Beschäftigung zu verschaffen.

Der Kongreß richtet an die Reichsregierung die Forderung, unverzüglich Anordnungen zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und zur Vergabung öffentlicher Aufträge sowie zur Förderung geeigneter Privataufträge zu treffen in einem Umfange, daß eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt. Zu diesem Zweck müssen solche zusätzlichen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt. In erster Linie kommen hierfür in Betracht Straßenerhaltung und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost.

Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflohn erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen.

Der Kongreß verkennt nicht die Schwierigkeiten, die der Finanzierung der Arbeiten entgegenstehen. Die Lage erfordert jedoch, daß die Anstrengungen zu ihrer Überwindung gesteigert werden. Alle noch aufreibbaren Mittel, auch gewisse Steuermittel, wie die durch die Reichsfluchtsteuer erfaßten Beträge und die Hauszinssteuer, sind vorübergehend zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden, ferner die beträchtlichen Summen der durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterstützungen sowie der von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Darüber hinaus unterstützt der Kongreß die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach einer volkstümlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe, die so auszugestaltet ist, daß sie

die von der Bevölkerung gehorteten Gelder anzieht.

Soweit die Anleihestücke noch nicht in vollem Umfange auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollen sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen. Um die Sicherheit der Verzinsung und Rückzahlung der Kredite zu erhöhen, müssen nötigenfalls besondere Zweckverbände der Schuldnerkörperschaften gebildet werden.

Durch scharfe Preisüberwachung in Verbindung mit einer zweckmäßigen Zoll- und Einfuhrpolitik muß jeder spekulativen Preisbildung vorgebeugt werden.

Die einheitliche und beschleunigte Durchführung der Arbeitsbeschaffung ist einer mit ausreichenden Befugnissen ausgestatteten Zentralstelle zu übertragen. Ihre Aufgabe ist zugleich, das Vertrauen für die Arbeitsbeschaffungspolitik im Inlande wie im Auslande zu verstärken.

Der Kongreß wiederholt im übrigen die früheren Forderungen der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere gesetzliche Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden und Stärkung der Massenkaukraft.

Der Kongreß fordert alle Volksgenossen auf, die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung zu erkennen und alle Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen.

#### II.

Unbeschadet aller Vordringlichkeit der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kongreß es als eine gleichfalls unerläßliche Aufgabe der Reichsregierung, aus den katastrophalen Erscheinungen und Vorgängen auf dem Gebiete der Wirtschaft die Folgerungen zu ziehen, die Volk und Staat in Zukunft vor gleichen Erschütterungen sicherstellen. Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weitester Volkskreise verloren. Der Einfluß des Staates, seine Aufsicht und seine Mitwirkung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden. Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, die Forderungen der Gewerkschaften für den notwendigen Umbau der Wirtschaft erneut der Regierung vorzulegen und sie mit stärkstem Nachdruck zu vertreten.

Der im Sitzungssaal des Reichstags tagende außerordentliche Gewerkschaftskongreß wurde von dem in Frankfurt gewählten Büro geleitet. Als Vorsitzende fungierten Leipart, Brandes (Metallarbeiter) und Schumann (Gesamtverband). Von den sonst üblichen Begrüßungsansprachen wurde abgesehen. Unter den Gästen waren zahlreiche Regierungsvertreter. Der Reichskanzler war in letzter Minute verhindert, die gegebene Zusage einzuhalten. Erschienen waren unter anderem die Reichsminister Stegerwald und Warmbold, die preussischen Minister Braun, Severing und Klepper. Auch der Reichspräsident Löbe nahm bis zum Schluß an den Verhandlungen teil.

# Wir alle wählen





Die Verhandlungen wurden eingeleitet mit einer packenden Rede des

### Bundesvorsitzenden Leipart

Die Öffentlichkeit ist allmählich abgestumpft gegenüber der ungeheuerlichen Tatsache, daß über 6 Millionen Deutsche arbeitslos sind. Auch die verantwortlichen Stellen verhalten sich gegenüber dieser unter innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten drängendsten Frage der deutschen Politik allzu passiv. Um so nachdrücklicher müssen die Gewerkschaften den Ruf nach Arbeit für die Arbeitslosen erheben. Sie tun es nicht zum ersten Male. Die Überwindung der Krise ist so schwer, weil sie zugleich eine wirtschaftliche und politische Krise ist, weil die drückende Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens zwischen den Völkern und die sozialen und politischen Spannungen innerhalb der einzelnen Völker das Aufkommen eines auf Sicherheit der Verhältnisse gegründeten Vertrauens erschwert, das die Voraussetzung für die Wiederbelebung der Wirtschaft ist. Trotzdem, nein, gerade deshalb haben die Gewerkschaften sich immer wieder für die weltpolitische Verständigung eingesetzt, sind sie für eine internationale Kreditvereinbarung als finanzielle Grundlage einer großzügigen Arbeitsbeschaffung eingetreten.

Der Bundesausschuß des ADGB hat auf seiner Tagung im Februar 1932 zu den verschiedenen Finanzierungsplänen der Arbeitsbeschaffung Stellung genommen. Ohne sich auf einen einzelnen Plan festzulegen, kam er zu dem Schluß, daß der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung keine unüberwindbaren Hindernisse entgegenstehen, wenn Reich, Länder und Gemeinden, Reichsbahn, Reichspost, Reichsbank und die übrigen verantwortlichen Körperschaften an der großen Aufgabe zusammenwirken.

Die Deflationspolitik der Reichsregierung war gegen die eigenen Volksgenossen, insbesondere gegen die großen Schichten der Arbeiter und Angestellten, von einer bis an die äußerste Grenze des Erträglichem gehenden Rücksichtslosigkeit. Der rigorose Abbau der sozialen Leistungen und der Abbau der Löhne führen unweigerlich zu einer Verelendung der breiten Volksmassen, sie zerstören nicht nur die Kaufkraft und damit eine der Voraussetzungen der Belebung der Wirtschaft, sie steigern die innenpolitischen Spannungen. Nichts trotz der wiederholten dringenden Mahnungen der Gewerkschaften geschehen, um durch systematische, gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Arbeitsbeschaffung und Verteilung der Arbeitsgelegenheit sind aber untrennbar verbunden.

Es ist ein Skandal, daß noch immer regulär über 48 Stunden gearbeitet wird, daß noch immer vielfach Überstundenarbeit geduldet wird, daß noch immer Leute, die Pensionen beziehen, anderen Arbeitsplätze wegnehmen, daß kein ernsthafter Versuch unternommen worden ist, die Frage des Doppelverdienertums zu lösen.

Viele Zehntausende würden Arbeitsmöglichkeiten finden, wenn dieser Skandal aufgehört, weitere Zehntausende würden wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden können, wenn endlich die allgemeine gesetzliche Vierzigstundenwoche eingeführt würde. Der Reichsarbeitsminister hat im September eine Notverordnung über die Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht gestellt. Sie ist bis heute noch nicht erlassen worden.

Dauernd wurden mit staatlicher Hilfe die Löhne gesenkt mit der Begründung, daß dann alles besser werden würde. Tatsächlich ist nichts besser geworden. Die zwangsweise Senkung der Preise hat nicht Schritt gehalten mit der Senkung der Löhne. Das wissen auch die Arbeitgeber. Trotzdem haben sie zum 30. April fast alle Tarifverträge gekündigt, um weitere Lohnkürzungen durchsetzen zu können. Neue Schiedssprüche liegen vor, die den Arbeitern nochmals einen Lohnabzug von 10 Prozent auferlegen.

Der Kongreß erhebt entschiedenen Protest gegen diese widerwärtige Politik, die zur völligen Verzerrung der deutschen Wirtschaft führen muß. Von Notverordnung zu Notverordnung ist die Zahl der Arbeitslosen gewachsen. Das darf nicht so weitergehen.

Es ist fast ein Wunder, daß das deutsche Volk nach allem, was ihm zugefügt wurde, diesen Winter überstanden hat. Die Diszi-

plin und moralische Kraft der Arbeiterschaft verdient die höchste Achtung und Bewunderung. Aber Entlagen und Opfer müssen endlich eine Grenze haben.

Man hat gesagt, eine Arbeitsbeschaffung großen Stils sei mit Rücksicht auf die außenpolitischen Interessen unmöglich. Man hat insbesondere darauf verwiesen, Frankreich werde daraus den Schluß ziehen, daß Deutschland noch nicht so arm sei. Indessen, dieser Hinweis kann nicht gelten. Im Mittelpunkt der französischen Politik steht die Sicherheitsfrage. Kann Frankreich im Ernst Folgerungen für seine weder wirtschaftlich noch moralisch gerechtfertigten Reparationsansprüche ziehen, wenn Deutschland die letzten noch vorhandenen Finanzreserven für die Beschaffung von Arbeit aufwendet zu dem Zweck, dem weiteren Fortschreiten der Verzweiflung und des politischen Radikalismus zu begegnen?

Keinerlei übertriebene Rücksicht auf außenpolitische Interessen darf daher die Reichsregierung veranlassen, die unmittelbare Inangriffnahme der großen Aufgabe der Arbeitsbeschaffung hinauszuschieben. Arbeitsbeschaffung ist unter innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten die zentrale Aufgabe der deutschen Politik.

Nach der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede des Bundesvorsitzenden erhält das Wort zu seinem Referat über

### Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung

der stellvertretende Vorsitzende Eggert:

Die Forderung nach Arbeitsbeschaffung, die dieser Notkongreß an Staat und Gesellschaft stellt, gipfelt in der Erkenntnis, daß von der weltwirtschaftlichen Seite her in absehbarer Zeit eine Wendung zum Besseren nicht zu erwarten ist und daß der jetzige Zustand von fast sieben Millionen Erwerbslosen in Deutschland nicht länger ertragen werden kann, weder volkswirtschaftlich noch staatspolitisch.

Die längen unfruchtbaren Verhandlungen der Weltmächte in der Abrüstungsfrage, das ungelöste Reparationsproblem, die Ereignisse im Fernen Osten, das noch unvollkommene Wirken des Völkerbundes und die Kämpfe um Diktatur oder Demokratie innerhalb der Nationen Europas — das alles hat zu weltpolitischen Spannungen und zu gegenseitigem Mißtrauen der Völker geführt.

Im Verlauf der durch die politischen Spannungen verschärften Wirtschaftskrise ist die industrielle Weltproduktion von 48 Ländern, die sieben Achtel des Welt Handels beherrschen, um ein volles Drittel im Jahre 1931 herabgesunken. Am schwersten hat Deutschland gelitten. Der Index seiner industriellen Produktion sank von 108 im Jahre 1929 auf 56,1 in der Gegenwart. Sein Anteil an der industriellen Weltproduktion sank von 12 Prozent im Jahre 1928 auf 9 Prozent im Jahre 1931.

Auch die Führer der kapitalistischen Wirtschaft wissen weder aus noch ein. Sie machen es sich in Deutschland besonders leicht. Sie versuchen, die Verantwortung von sich abzuwälzen, indem sie unausgesetzt erklären, schuld an der Krise in Deutschland sei die deutsche Lohn- und Sozialpolitik. Sie fordern die Freiheit der Wirtschaft, das heißt der Staat soll sich nicht um die Wirtschaft kümmern. Aber dasselbe Unternehmertum, das so spricht, nimmt dauernd und ausgiebig in allen möglichen Formen die Hilfe des Staates in Anspruch.

Der Staat hat gerade in der gegenwärtigen Situation, angesichts des Versagens der Privatwirtschaft, die Aufgabe, regelnd und lenkend in die Wirtschaft einzugreifen. Von dieser Überzeugung sind die Gewerkschaften bei ihren Vorschlägen für die Arbeitsbeschaffung ausgegangen.

Die Arbeitsbeschaffung muß sich daher in den durch die finanziellen Verhältnisse Deutschlands gezogenen Grenzen halten, und die Arbeiten müssen volkswirtschaftlich rentabel sein, das heißt Werte schaffen, deren Ertrag eine Rückzahlung der aufgewandten Kosten ermöglicht. Die ganze Aktion muß volkswirtschaftlich einwandfrei fundiert sein, Verzinsung und Tilgung der Kredite so gesichert werden, daß die Währung in keiner Weise bedroht ist.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend sind als besonders geeignet für die Arbeitsbeschaffung folgende Arbeiten anzusehen. 1. Die Erhaltung und Verbesserung

des Straßennetzes, 2. Arbeiten zum Schutze gegen Hochwassergefahren, 3. der Kleinwohnungsbau, 4. die Hausreparaturen, 5. Aufträge der Reichsbahn, 6. Aufträge der Reichspost, 7. zweckmäßige Siedlungsarbeiten, 8. landwirtschaftliche Meliorationen.

Etwa eine Million Arbeitskräfte sollen auf die Dauer eines Jahres bei diesen Arbeiten zusätzlich beschäftigt werden, wofür ein Gesamtaufwand von rund 2 Milliarden Mark erforderlich wäre.

Dank der Wiederbeschäftigung von einer Million Menschen wird eine zusätzliche Kaufkraft in den wirtschaftlichen Kreislauf eingeschaltet. Das wird belebend auf eine Reihe von Verbrauchsgüterindustrien wirken. Zugleich werden auch die Baustoffindustrien eine Belebung erfahren. Neue Anstellungen in der Wirtschaft werden stattfinden, so daß die Auswirkungen der Arbeitsbeschaffung ihren unmittelbaren Nutzeffekt verstärken. Auf diese Weise kann der Schrumpfungsprozeß abgebrochen werden, die Wirtschaft wird eine Atempause bekommen, es werden sich bessere Bedingungen für die weitere Abwicklung der Konjunktur bilden. Das Wichtigste aber ist, daß diese Wendung dem Volk das Vertrauen in sich selbst, in seine Kräfte und in seine Zukunft wiederzugeben vermag.

Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung erfordert das Aufgebot aller Kräfte. Es ist nicht so, daß in einem Staatswesen wie Deutschland keinerlei Mittel für diesen Lebenszweck aufgebracht werden könnten. Steuermittel aus der Hauszinssteuer und Reichsfluchtsteuer müssen für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung verwendet werden.

Ferner müssen für die Finanzierung herangezogen werden die Ersparnisse der Reichsanstalt an Arbeitslosenunterstützung (infolge der Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen), des weiteren die von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern sowie ihre Beiträge für die Arbeitslosenversicherung.

Endlich muß die Finanzierung ermöglicht werden durch eine volkstümliche Arbeitsbeschaffungsanleihe. Die Arbeitsbeschaffungsanleihe müßte so ausgestaltet sein, daß sie die gesamten Gelder aus dem Strumpf herausholt.

Sämtliche Träger der Arbeitsbeschaffung müssen in eine „Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung“ zusammengefaßt werden. Die Gewerkschaften müssen in der „Zentralstelle“, wie in allen Arbeitsbeschaffungsorganisationen, stark vertreten sein.

Mit der Arbeitsbeschaffung muß eine wirklich scharfe amtliche Preisüberwachung auf allen Gebieten einsetzen, und diese Preisüberwachung muß während des ganzen Jahres der Arbeitsbeschaffung bestehen. Sie muß das Ziel verfolgen, jede spekulative Preisbildung unter allen Umständen zu unterbinden. Die Preisüberwachung kann nur erfolgreich sein in Verbindung mit einer dem Sinn und Zweck der Arbeitsbeschaffung angepaßten Zoll- und Kartellpolitik.

Im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschaffung sollte die Reichsregierung, um die noch vorhandene und zu beschaffende Arbeit auf möglichst viel Arbeitskräfte zu verteilen, endlich die allgemeine

### gesetzliche 40stündige Arbeitswoche

durchführen. Die Regierung muß daher ihre passive Haltung in dieser sozialen und konjunkturpolitisch wichtigen Frage aufgeben.

Die Arbeitsbeschaffung darf nicht im Zeichen niedriger Entlohnung stehen. Im Gegenteil müssen solche Arbeiten den Vorzug erhalten, bei denen der Lohnanteil, sowohl im Vorprodukt als auch in der letzten Ausführung, möglichst hoch ist. Zusätzliche Kaufkraft muß geschaffen werden, um dadurch zunächst die Konsumgüterindustrie, in weiterer Folge die Produktionsgüterindustrie und schließlich den wirtschaftlichen Gesamtkreislauf zu beleben. Die Entlohnung der Arbeitskräfte in der Arbeitsbeschaffung muß daher selbstverständlich nach den Bestimmungen der Tarifverträge erfolgen.

Darum ist auch im allgemeinen im Rahmen der Arbeitsbeschaffung für den Freiwilligen Arbeitsdienst kein Raum. Es dürfen nur wirklich zusätzliche Arbeiten für den Freiwilligen Arbeitsdienst in Be-

tracht gezogen werden, wirklich zusätzliche Arbeiten, die sich für Jugendliche als ungelehrte Arbeitskräfte besonders eignen, dagegen für ältere verheiratete Arbeiter ohnehin nicht in Frage kommen.

Auch der Reichswirtschaftsrat hat sich auf Anregung der Gewerkschaften mit der Frage der Hebung der Produktion, insbesondere durch Arbeitsbeschaffung befaßt. In seinem Bericht stellt er als Ergebnis der Untersuchungen die für die Arbeitsbeschaffung geeigneten Arbeitsgebiete fest, veranschlagt für jedes Arbeitsgebiet die Kosten der Arbeiten und setzt die Zahl der zu beschäftigenden Arbeitskräfte ein. Danach ergibt sich für seine Arbeitsgebiete, die sich im allgemeinen mit unserem Plan decken, eine Kreditsumme von zusammen 1130 bis 1840 Millionen Mark und die Zahl der zu beschäftigenden Arbeitskräfte von 515 000 bis 865 000.

Der Plan des Reichswirtschaftsrates ist ein Mindestprogramm. Er enthält kein Wort über den Kleinwohnungsbau. Er wird im einzelnen übervorsichtig formuliert. Trotzdem bejaht der Bericht doch klar und zweifelnd die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung und ihre Finanzierungsmöglichkeit. Auch er fordert höchste Aktivität der Reichsregierung, um der drohenden Zerstörung der weltwirtschaftlichen Beziehungen entgegenzuarbeiten und besonders einer vernünftigen handelspolitischen Zusammenarbeit der Völker wieder den Weg zu bahnen.

### Das Elend der Arbeitslosen ist riesengroß

Von den nahezu 7 Millionen Arbeitslosen sind über 2 Millionen über 59 Wochen ohne Arbeit. Aus einigen Gemeinden, so z. B. aus dem Westerwald, wird gemeldet, daß auch ältere Arbeitslose in ziemlich großer Zahl bettelnd durch den Bezirk ziehen, weil infolge der fehlenden Unterstützung bitterste Not besteht. Ähnliche Meldungen kommen aus zahlreichen Gemeinden ganz Deutschlands.

Die zerrüttete Wirtschaft ist heute nicht mehr in der Lage, den Arbeiternachwuchs ordnungsmäßig für seine beruflichen Aufgaben vorzubereiten. Hunderttausende von jungen Menschen werden gleich nach Beendigung der Lehrzeit arbeitslos, bleiben es für lange Zeit und verlieren damit wieder die in der Lehrzeit erworbenen, in der eigentlichen Praxis noch nicht erprobten Kenntnisse.

Zehntausende von arbeitslosen Lehrlingen gibt es bereits, die keine Möglichkeit haben, ihre Lehrzeit zu vollenden, weil die Betriebe geschlossen sind. Weitere Zehntausende können ihre Ausbildung nicht zum Abschluß bringen, weil ihnen vom Lehrmeister keine Beschäftigung geboten werden kann, die der Ausbildung dient.

Aus unseren Reihen und auch von einsichtigen Leuten aus anderen Lagern werden als Gegenmaßnahme Sammellehrwerkstätten und ähnliche Einrichtungen gefördert. Geeignete private und öffentliche Betriebe, Berufs- und Fachschulen könnten diesem Zweck dienlich gemacht werden, aber nur wenig ist bisher geschehen, ja das Berufsschulwesen ist besonders stark vom Abbau betroffen worden.

Die Regierung hat für das Unternehmertum immer eine hilfreiche Hand gehabt. Das Kapitel der

### Subventionen an die Industrie

ist fast unübersehbar; es geht hier alljährlich in viele hundert Millionen. Die Sanierung der Großbanken aus öffentlichen Mitteln kostete fast 1 Milliarde. Die Osthilfe 1930 belief sich durch verlorene Zuschüsse und Kreditgewährung mit fragwürdiger Rückzahlung auf 80 Millionen, die Osthilfe 1931 auf 90 Millionen. Dazu kommen die Preisüberhöhungen durch Zölle, die allein für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Wirtschaftsjahr 1930/31 auf 2 Milliarden geschätzt werden. Die Garantie des Reiches für etwaige Verluste bei Aufträgen aus Rußland beträgt 70 Prozent. Der Hausbesitz wurde durch die Reform der Hauszinssteuer und den Abbau der Mietgesetzgebung begünstigt. Der Kleinhandel ist durch das Verbot der Errichtung von Warenhäusern in den Mittel- und Kleinstädten bedacht worden.

Nun hat die Arbeiterschaft, haben besonders die Arbeitslosen das Recht, Forderungen zu stellen. In ihrem Namen richtet dieser Kongreß an die Regierung die Forderung, dieselbe offene Hand zu haben, die sie



dem Unternehmertum gegenüber hatte. Man sage uns nicht: Arbeitsbeschaffung scheitert an der Finanzierungsmöglichkeit oder Arbeitsbeschaffung bedeute Inflation! Unter Führung der Reichsregierung und der zuständigen Ministerien sollen sich die Vertreter der in Frage kommenden Körperschaften, besonders unter Hinzuziehung von Vertretern der Gewerkschaften, zusammensetzen und die Fragen der Arbeitsbeschaffung, ihre Finanzierung und Durchführung im einzelnen regeln. Das kann und muß geschehen, und es muß gelingen, in der Zusammenarbeit aller Kräfte, die guten Willens sind, das Unglück der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu mildern.

Als Vertreter der Reichsregierung nimmt sodann das Wort

**Reichsarbeitsminister Stegerwald**

Ein Hauptfaktor für jede Besserung ist die außen- und innenpolitische Beruhigung, also ein befriedigender Ausgang der im Juni vor Ablauf des Hoover-Freijahres abzuhaltenden Reparationskonferenz, ebenso wie die geistige Gesundung im Innern. Dafür wird nun nach der Reichspräsidentenwahl die Preußenwahl von größter Bedeutung sein. Den Wendepunkt in der Weltwirtschaftskrise erwarten viele für die zweite Hälfte 1932, in England und Amerika aber rechnet man vielfach damit erst für das Jahr 1933.

Die Gehaltskürzung war unerlässlich, um unseren Etat in Ordnung zu halten. Bei einer solchen Kürzung der öffentlichen Personalausgaben um 2 1/2 Milliarden Mark konnte auch die Privatwirtschaft mit ihren Löhnen nicht unbeteiligt bleiben. Warum haben sich so viele Großunternehmer bei der Reichspräsidentenwahl für Hitler erklärt? Weil sie durch eine zweite Inflation ein zweitesmal ihre Schulden loszuwerden hoffen.

Auch mir gefällt vieles an den Notverordnungen nicht. Aber ohne diese Notverordnungen wären wir heute in einer Inflation, gegen die 1923 nur ein schwaches Vorspiel gewesen wäre. Der Minister verteidigte dann seine Haltung in der Arbeitszeitfrage gegen den Vorwurf, unter dem Druck der Unternehmer gestanden zu haben. Die Bänksänierung sei nicht aus Liebe zu den Aktionären erfolgt, sondern im Interesse der drei Viertel Millionen Konteninhaber, von denen die Weiterbeschäftigung großer Arbeitermassen abhing. Die von Eggert aufgezählten Arbeitsgelegenheiten erkennt der Minister an. Er betont, daß die Kosten auf keinen Fall durch eine Inflation „aufgebracht“ werden dürfen. Bei den zu beschaffenden Arbeiten werde man neben der Geltung der Tariflöhne doch auch den freiwilligen Arbeitsdienst heranziehen und sogar erweitern müssen, aber so, daß das Geltungsgebiet der Tarife nicht bedroht werde.

Angesichts der Unmöglichkeit, im Laufe des nächsten Jahrzehntes die deutsche Rentenversicherung weiter auszubauen, müsse man den Rentenbeziehern ein Stückchen Land zuweisen, durch dessen Bebauung sie sich einen Naturalzuschuß zur Rente beschaffen können.

Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung erklärte Stegerwald, daß die Reichsregierung nochmals Besprechungen zwischen den Unternehmern und Gewerkschaften herbeiführen wolle und, falls diese Besprechungen ergebnislos bleiben sollten, eventuell durch eine Notverordnung die Arbeitszeit verkürzen werde. An eine allgemeine Lohnsenkung nach dem 30. April würde weder im Reichsarbeitsministerium noch in der Reichsregierung gedacht. Für das Gros der Arbeiter seien die Löhne nicht mehr zu hoch. Es seien aber noch einige Angleichungen notwendig. Diese Angleichungen sollen aber nicht das Signal sein für einen allgemeinen neuen Lohnabbau.

Nach der Rede des Reichsarbeitsministers setzte eine A u s s p r a c h e ein, an der sich eine große Zahl von Rednern beteiligte. Sie schilderten nicht nur die trostlose Lage in den einzelnen Industriezweigen und Landes- teilen, sondern richteten auch scharfe Anklagen gegen die Reichsregierung. Reichsarbeitsminister Stegerwald insbesondere bekam manche harten Worte zu hören, namentlich wegen der von ihm so züchtig beförderten Lohnabbaupolitik. Wir beschließen uns auf die Wiedergabe eines Auszugs aus der Rede unseres Verbandsvorsitzenden

**Fritz Tarnow:** Albert Thomas bemüht sich seit Jahr und Tag, öffentliche Arbeiten großen Umfangs in Gang zu bringen. Er hat aber die größten Schwierigkeiten, die Beteiligung der einzelnen Staaten und die Aufbringung der Mittel zu besorgen, denn überall, fehlt es daran und überall stehen sich die Anhänger und die Gegner des Privatkapitalismus gegenüber. Minister Stegerwald hat unter den Unsicherheitsfaktoren auch die innere Politik angeführt. Ich glaube allerdings, mit mehr Energie hätte die Regierung schon viel von dieser Unsicherheit beseitigt. Wir dürfen nicht auf eine selbsttätige Konjunkturwende hoffen, wenn wir den Dingen freien Lauf lassen.

Gewiß, der Umbau des Systems bringt Erschütterungen. Wenn aber das bestehende Wirtschaftssystem Änderungen verhindert, die allein neue Lebensmöglichkeiten schaffen können, dann bleibt nichts übrig, als das System zu ändern.

Da ich persönlich immer ziemlich viel mit den Arbeitsbeschaffungsplänen zusammengebracht worden bin, erkläre ich: Keiner unter uns bildet sich ein, wir könnten Maßnahmen finden, um uns von der Weltwirtschaftskrise zu isolieren. Wir alle halten die Autarkie für eine ganz hirnverbrannte Idee. Jeder von uns weiß, daß es in Deutschland vielleicht Bevölkerungsschichten gibt, die in einem autarken Deutschland eine Lebensmöglichkeit finden, daß dazu aber nicht das Gros der Industriearbeiterschaft gehört, für die der Zusammenhang mit der Weltwirtschaft eine unerlässliche Voraussetzung ihrer Existenz ist. Keiner von uns möchte Wege gehen, die die Inflation herbeiführen könnten. Ein Bekenntnis zur Abwehr der Inflation ist noch keine wirtschaftspolitische Aktivität und kein Ersatz dafür.

Die öffentliche Arbeitsbeschaffung ist unser Notprogramm. Aber wir sagen zugleich, daß ohne Einfügung der Wirtschaft in die Gesellschaft unsere Zukunft dauernd trübe bleiben müßte. Die Zeit der großen privatwirtschaftlichen Institutionen ist vorbei auf viele Jahre hinaus. Ohne Eingreifen der öffentlichen Hand kommen wir nicht weiter.

Vor Tarnow hatte, vom Kongreß mit lebhaften Beifallskundgebungen begrüßt, der preußische

**Ministerpräsident Braun**

eine Ansprache an den Kongreß gerichtet.

Die preußische Staatsregierung, so führte er aus, hat mit steigender Besorgnis die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens verfolgt und in den Grenzen ihrer Zuständigkeit und nach Maßgabe der ihr zur Verfügung stehenden Mittel sich bemüht, zur Milderung der Arbeitslosigkeit beizutragen. An der Subventionierung von Privatunternehmungen direkt oder durch Bürgschaftsübernahme ist vielfach auch der preußische Staat beteiligt. Ich habe in jedem solchen Falle erhebliche Bedenken zum Ausdruck gebracht, und wenn wir es doch getan haben, so nicht zuletzt, um die Arbeitslosigkeit nicht noch anwachsen zu lassen. Gewiß sind manche dieser Subventionen ziemlich unwirtschaftlich, aber für die drei- bis viertausend Arbeiter eines solchen Werkes und mitunter für die Existenz einer ganzen Gemeinde ist das eine Lebensfrage.

Die Wirtschaftskrise setzt nicht nur die Kaufkraft der Bevölkerung herab, sondern auch ihre Steuerkraft, sie trifft also unmittelbar die Staatsfinanzen. In dem Maße, wie die Wirtschaftskrise sich verschärft und die Arbeitslosigkeit steigt, gehen die Einnahmen der öffentlichen Hand zurück, aus denen doch öffentliche Arbeiten bestritten werden sollen. Der Staat könnte, wenn die Wirtschaft gesund wäre, tausendmal mehr leisten, ja, er würde gar nicht in Anspruch genommen werden. Aber weil es ihr so schlecht geht, wird viel von ihm gefordert, und gerade deshalb ist er weniger imstande, diese Forderungen zu befriedigen. Das gilt auch für die öffentlich bewirtschafteten Zweige.

Die ganze Entwicklung hat ja gezeigt, daß das Währungsproblem nicht so sehr ein finanztechnisches oder wirtschaftspolitisches, sondern in sehr viel stärkerem Maße ein psychologisches ist. Eine Maßnahme, die in England, dessen Bevölkerung noch keine Inflation durchgemacht hat und noch in einem gewissen Rückhalt sieht, sich verhältnismäßig ruhig ausgewirkt hat, würde ganz anders in Deutschland aufgenommen

werden, das eine vernichtende Inflation durchgemacht hat. Gleichwohl sage ich, mit den sechs Millionen Arbeitslosen kann das nicht so weitergehen! Wirtschaftlich geht es nicht, aber noch viel schlimmer ist der demoralisierende Einfluß der Arbeitslosigkeit. Die jungen Leute kommen aus der Lehre in die Stempelstellen und erliegen dem Einfluß des Nichtstuns, ohne sich weiter ausbilden zu können.

Zur weiteren Ankurbelung der Privatwirtschaft ist vor allem internationale Kreditwirtschaft notwendig, damit wir aus der jetzigen Verwicklung herauskommen. Es handelt sich nicht nur um das Reparationsproblem. Für mich ist dieses gelöst dadurch, daß Deutschland absolut nicht zahlen kann. Das haben auch alle diejenigen, die als zahlungssüchtige Verständigungspolitiker verschrien wurden, immer gesagt: Es kommt der Zeitpunkt, wo auch der Blindeste sieht, daß nicht gezahlt werden kann.

Sobald die innenpolitischen Entscheidungen getroffen und die außenpolitische Regelung vorgenommen ist, werden wir mit aller Kraft das Arbeitslosenproblem angreifen müssen. Nach meiner Überzeugung ist das nur möglich durch eine ganz radikale Verkürzung der Arbeitszeit — da gehe ich noch weit über Ihre 40-Stunden-Woche hinaus!

Nachdem die Maschine den Menschen die Arbeit abgenommen hat, kann doch der Mensch nicht so weiter schuften wie vorher, noch dazu ohne zu wissen, wo das Produkt bleibt. Bei der Verkürzung der Arbeitszeit werden Opfer auf allen Seiten verlangt. Aber ich sehe darin die einzige Möglichkeit, den Menschen die Lust an der Arbeit wiederzugeben, damit auch die Lust am Leben und die Möglichkeit, aus der Situation zu entfliehen, in die uns der unselige Krieg mit seinen Folgen hineingebracht hat!

**Hitlers Privatarmee aufgelöst!**

Lange genug hat es gedauert, bis sich die Reichsregierung zu dem Schritt entschloß, der schon längst notwendig gewesen wäre. Am 13. April hat endlich der Reichspräsident die auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassene Verordnung unterzeichnet, die in ihrem §1 lautet: „Sämtliche militärischen Organisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, insbesondere die Sturmabteilungen (S.A.), die Schutzstaffeln (S.S.), mit allen dazugehörigen Stäben und sonstigen Einrichtungen, einschließlich der S.A.-Beobachter, S.A.-Reserven, Motorstürme, Marinestürme, Reiterstürme, des Fliegerkorps, Kraftfahrkorps, Sanitätskorps, der Führerschulen, der S.A.-Kasernen und der Zeugmeistereien werden mit sofortiger Wirkung aufgelöst.“

Die Reichsregierung hat mit der Verordnung zugleich eine lange Begründung veröffentlicht; eine völlig ausreichende Begründung enthält aber schon die Überschrift. Die Verordnung ist erlassen zur Sicherung der Staatsautorität.

In einem geordneten Staatswesen kann es neben der Staatsgewalt keine Macht geben, die zu ihr in Konkurrenz tritt. Hitler hat sich angemaßt, eine eigene Privatarmee zu gründen. Nicht nur zu harmlos kindlichem Soldatenspiel. Hitlers Ehrgeiz ging dahin, eine Armee zu schaffen nach dem Vorbild des wilhelminischen Heeres. Mit Uniformen, Abzeichen und sonstigen Kinkerlitzen, mit einem Offizierkorps, Stäben, Kommandostellen und allem Drum und Dran suchte man den Anschein zu erwecken, als ob die Hitlerarmee die Nachfolgerin des alten Heeres sei. Dank der Freigebigkeit seiner reichen Gönner konnte Hitler seine Armee mit allem ausrüsten, was ein modernes Heer braucht. Daß Hitlers „Rauhe Kämpfer“ auch reichlich mit Waffen versehen waren, haben zahlreiche Funde bewiesen. Dabei ist anzunehmen, daß diese Armee über Arsenale von einem Umfang verfügte, der bisher noch gar nicht bekannt wurde.

Die Reichsregierung hat diese Privatarmee werden und wachsen gesehen mit einer Langmut, die wahrhaft bewundernswert ist. Nun endlich hat sie zugegriffen. Bei der Schließung der Nazikasernen ist

In seinem Schlußwort stellt Eggert den einigen Willen des Kongresses für Arbeitsbeschaffung fest, wofür die ganze Kraft der Gewerkschaften eingesetzt werden soll. Minister Stegerwald hat zugesagt, was möglich ist, dafür zu tun. Wir fügen hinzu: ist das nicht mit dem kapitalistischen System möglich, so muß es ohne dieses System gehen. Es gibt für uns jetzt nur die Parole: Heraus aus diesem Elend!

Es muß anerkannt werden, daß wir in der zwölften Stunde der Ereignisse stehen und keine Zeit mehr zu verlieren ist. Heute ist es ja so, daß die öffentlichen Betriebe ihre Aufträge vergeben, wenn die Industrie gut beschäftigt ist, aber ihre Aufträge stoppen, wenn der Niedergang einsetzt. Genau das Gegenteil wäre die Aufgabe planmäßiger Wirtschaft. Die Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung darf keinesfalls durch Ressort-eifersüchteleien verzögert werden.

Arbeitsbeschaffung, das ist die Forderung der Zeit. Und mit dieser Forderung werden wir durchdringen. Alle Kraft wollen wir fortan aufbieten, damit eine Wirtschaftsordnung Platz greift, die diese unerhörten Erschütterungen, diese Not und dieses Elend vermeidet, die das deutsche Volk in den letzten eineinhalb Jahren durchgemacht hat — eine Wirtschaftsordnung, in der jeder, der Menschenantlitz trägt, ein menschenwürdiges Dasein führen kann.

Nachdem die oben wiedergegebene Entschließung einstimmig angenommen war, spricht:

Vorsitzender Schumann den Vertretern der Regierungen und den anderen Gästen sowie dem Reichstagspräsidenten den Dank aus. Nach einem Hinweis auf die große Bedeutung der preußischen Landtagswahlen schließt er den Kongreß mit dem Ruf: Die deutsche Republik, der Freistaat Preußen und die organisierte deutsche Arbeiterschaft, sie leben hoch!

der Polizei noch mancherlei Material in die Hände gefallen, das überraschende Aufschlüsse über die Bürgerkriegsrüstungen der Nazis gibt. Dabei ist es deren Führern gelungen, das kompromittierendste Material dem Zugriff der Behörden zu entziehen. Wird doch glaubwürdig berichtet, daß man im Braunen Hause in München den Wortlaut der Notverordnung schon einige Tage vor ihrer Veröffentlichung gekannt habe. Aus anderen Funden geht hervor, daß Führer der Nazis an ihre Unterführer den Wortlaut wichtiger preußischer Polizeifunksprüche versandt haben, die nach einem nur wenigen Personen bekannten Geheimschlüssel gefunkt wurden. Ein neuer Beweis dafür, daß die Nazis ihre Spione auch an hohen Stellen sitzen haben.

Die vollzogene Auflösung bezieht sich nur auf Hitlers Bürgerkriegsarmee, die Nationalsozialistische Partei als solche wird davon nicht betroffen. Sie darf weiter bestehen und ungehindert bei den Armen im Geiste werben. Nur die militärischen Formationen, mit denen sie ihre Agitation unterstützte und eine Schreckensherrschaft errichtete, sind beseitigt.

Allerdings übten diese militärischen Formationen eine starke Anziehungskraft aus. Sie boten vielen verkraachten ehemaligen Offizieren eine standesgemäße Versorgung, und unter dem großen Heere der Arbeitslosen gab es viele, die ihre Gesinnung für die Verköstigung in Hitlers Armee verkauften. Als „Rauhe Kämpfer“ lebten sie einen guten Tag und hatten dazu Gelegenheit, ihrer Rauflust nach Belieben zu fröhnen. Damit hat es nun ein Ende. Ohne die Unterstützung durch die Schuß-, Hieb- und Stoßwaffen ihrer Söldner werden die nationalsozialistischen Argumente viel von ihrer Überzeugungskraft verlieren.

Ob und welche Wirkung die längst überfällige Aktion der Reichsregierung auf die bevorstehenden Wahlen ausüben wird, ist schwer vorauszusagen. Jedenfalls gilt es, dem nationalsozialistischen Spuk nachdrücklich entgegenzutreten und ihn durch die Darlegung seiner Geistesarmut zu bekämpfen. Der zersetzende Einfluß, den die Nazis auf die Parlamente ausüben, muß beseitigt werden. Das geschieht am besten durch die Stimmabgabe für die Sozialdemokratie.



Um die Arbeitsdienstpflicht!

Die sogenannte Arbeitsdienstpflicht ist von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern stets abgelehnt worden.

Vor kurzem hat in Berlin eine Tagung der sogenannten Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Arbeitsdienstpflicht (RADA) stattgefunden.

Auch die NSDAP. hat seit einiger Zeit ein Sonderreferat Arbeitsdienst bei der Reichsleitung eingerichtet.

Es zeigt sich also auch hier, daß die Gegensätze außerordentlich scharf sind und sich die eigenen Anhänger wieder einmal nicht einig sind.

Änderungen in der Arbeitslosenversicherung

Die „Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenversicherung“ vom 21. März 1932, die am 18. April in Kraft getreten ist, enthält in der Hauptsache organisatorische und verwaltungstechnische Änderungen.

Die Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter und der Arbeitsämter bleiben bestehen, werden aber verkleinert und nur noch einmal im Jahre einberufen.

Reichsanstalt bzw. die Präsidenten der Landesversicherungsämter können die Bestellung vornehmen. Die Verwaltungsausschüsse können zwar auch weitere Vorschläge machen, sie sind aber nicht bindend.

In Kraft bleibt aber die Bestimmung, die besagt, daß ein geringerer Beitrag als der, den der Unternehmer beim Abzug des Beitrages vom Arbeitsentgelt zugrunde gelegt hat, nicht für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse zugrunde gelegt werden darf.

Seither hatte die Reichsanstalt die Verpflichtung, unter gewissen Voraussetzungen Beiträge und Anerkennungsgebühren für Arbeitslose zur Erhaltung der Anwartschaft in der Invaliden-, Angestellten- und knappschaftlichen Pensionsversicherung zu entrichten.

Die Festsetzungen über die Entlohnung der Notstandsarbeiter, für die bisher die Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter zuständig waren, werden künftig von den Vorsitzenden dieser Ämter getroffen.

Die Geschäftslage in der Holzindustrie im März 1932

Auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt hat sich die Frühjahrsbelebung bemerklich gemacht. Die Zahl der auf den Arbeitsnachweisen gemeldeten Arbeitslosen ist im Laufe des Monats März von 6 128 429 auf 6 031 476 zurückgegangen.

diesmal auf 254 767 Mitglieder erstreckt, ergab für Ende März 162 703 Arbeitslose. Das sind 63,86 Prozent. Ende Februar waren 64,22 Prozent der Mitglieder arbeitslos.

Großbetrieben der Holzindustrie. Der Schrumpfungprozeß macht hier weitere Fortschritte. Von der Erhebung wurden 689 Betriebe mit 49 965 Beschäftigten erfaßt, darunter sind 12 Betriebe mit zuletzt 449 Arbeitern, die im Laufe des Monats geschlossen wurden.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband Ende März 1932.

Table with columns: Gau, Berichtet haben, Arbeitslose, Verkürzt arbeiteten, Die wöchentliche Arbeitszeit, Nicht berichtet haben. Includes rows for Ostpreußen, Stettin, Breslau, Berlin, Brandenburg, Sachsen, Erfurt, Magdeburg, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt, Nürnberg, München, Stuttgart, Hauptkasse, Zusammen, Im Vormonat.

gegenüber. Während in den meisten Zweigen der Möbelindustrie die Entlassungen überwiegen, zeigt die Stuhlindustrie eine bemerkenswerte Belebung.

der Geschäftsgang auch nur als befriedigend bezeichnet werden könnte. In der Klavierindustrie und in der Sport- und Kinderwagenindustrie ist sogar noch eine Verschlechterung eingetreten.

zent der von der Erhebung erfaßten, verkürzt gearbeitet; im Februar waren es 52,8 Prozent. Von je 100 an der Erhebung-Beteiligten entfallen 7,3 auf gut, 26,7 auf befriedigend und 66,0 auf schlecht beschäftigte Betriebe.

Der Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie im Monat März 1932.

Table with columns: Berufsweig, Anzahl, Geschäftsgang, Von je 100 Beschäftigten entfallen auf Betriebe mit... Geschäftsgang. Includes rows for Möbel, Innenausbau, Weiße Möbel, Büromöbel, Türen, Fenster usw., Stühle, Rahmenleist., Vergold., Uhrgehäuse, Holzwaren, Klaviere, Orgeln, Harmoniken, Sägewerke, Sperrholz, Schuhteile, Bürsten, Pinsel, Kämme, Haarschmuck, Knöpfe, Pfeifen, Bleistifte, Stahlrohr, Kerker, Korbwaren, Sport-u. Kinderwagen, Waggons, Karosserien, Werften, Nähmaschinenmöbel, Zusammen, Im Vormonat.

Schlechte Betriebe mit Arbeitern: 1) 5 mit 298, 2) 1 mit 21, 3) 1 mit 6, 4) 1 mit 8, 5) 1 mit 66, 6) 2 mit 30, 7) 1 mit 20, zusammen 12 Betriebe mit 449 Arbeitern.





# Aus dem Verbandsleben



## Mitteilungen des Vorstandes Verlegung des Verbandstages

Der Verbandsbeirat hat in seiner Sitzung am 14. April beschlossen, dem Vorstand zu empfehlen, den Zusammentritt des Verbandstages, der für den 20. Juni vorgesehen war, auf einen späteren Termin zu verschieben. Dem Beschluß lagen folgende Erwägungen zugrunde: Zu den unerläßlichen Aufgaben des kommenden Verbandstages gehört die Neuordnung der statutarischen Unterstützungseinrichtungen. Bevor aber das gegenwärtige Provisorium durch eine endgültige Neuordnung ersetzt werden kann, müßten die Verhältnisse übersichtlicher gestaltet sein, als das gegenwärtig der Fall ist. Der Verbandsbeirat ging von der Annahme aus, daß aller Voraussicht nach auch im Juni der Zeitpunkt für eine endgültige Regelung des Statuts noch nicht gekommen sei, daß aber dem Verbandstage diese Regelung vorbehalten bleiben müsse. Aus diesem Grunde empfehle es sich, mit der Einberufung des Verbandstages noch einige Zeit abzuwarten. Der Vorstand hat dem Gutachten des Beirats zugestimmt und die Verlegung des Verbandstages beschlossen, ohne schon jetzt einen neuen Termin festzusetzen. Er ist jedoch in Übereinstimmung mit dem Verbandsbeirat der Meinung, daß die Vertagung sich auf nicht zu lange Zeit erstrecken soll. Der neue Termin wird baldmöglichst bekanntgemacht werden. Die Durchführung der Delegiertenwahlen wird durch diese Anordnung nicht betroffen. Die Mandate der gewählten Delegierten behalten ihre Gültigkeit.

Der Vorstand.

## Tagung des Verbandsbeirats

Im Anschluß an den außerordentlichen Gewerkschaftskongreß, an dem ein Teil seiner Mitglieder als Delegierte teilgenommen hatte, trat am 14. April der Beirat unseres Verbandes zu einer Sitzung zusammen. Er nahm zunächst einen Bericht über den Stand der Lohn- und Tarifbewegung entgegen. Über die Tarifabschlüsse haben wir fortlaufend berichtet und auch über den Umfang der zum 30. April erfolgten Tarifforderungen. In der Aussprache spielte die vom Reichsarbeitsministerium zu Anfang dieses Jahres unternommene Aktion zur Regelung des Tarifvertragswesens im Holzgewerbe eine erhebliche Rolle.

Die durch den Sonderschlichter eingeleiteten Verhandlungen in den Tarifgebieten Berlin, Schlesien und Thüringen sind steckengeblieben. Dem für Sachsen gefällten Schiedsspruch hat das Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeit versagt. Die vorangegangenen Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium wurden für Sachsen und Lippe gemeinsam geführt, und der Vertreter des Ministers betonte wiederholt und eindringlich, daß es sich darum handle, einen Mustervertrag für das Holzgewerbe zu schaffen, der für die Abschlüsse in den anderen Bezirken vorbildlich sein soll. Unter dem Druck der Regierungsvertreter machten unsere Kollegen bezüglich des Vertragsinhalts die Konzessionen, die am 4. März zu einer Verständigung für Lippe führten.

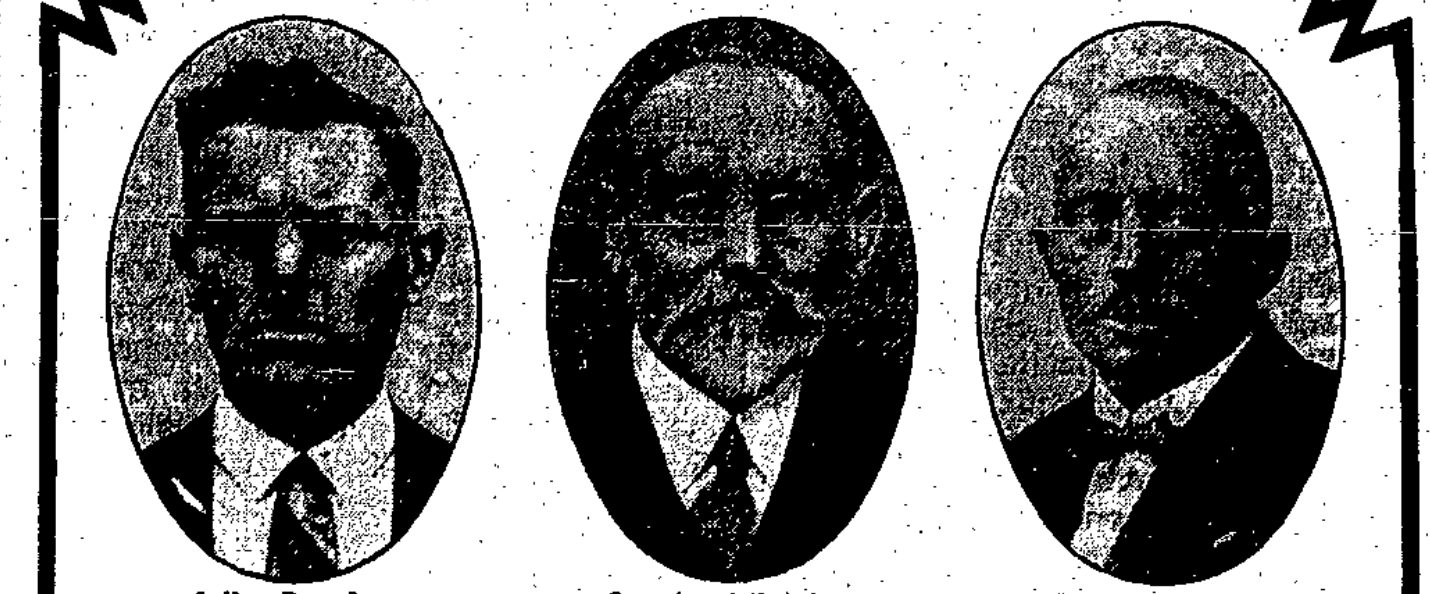
Man konnte annehmen, daß der Tarifvertrag für den Bezirk Lippe nunmehr als Vorlage für weitere Verträge im Holzgewerbe benutzt werden würde, zumal unter dem Vorsitz des jetzt beauftragten Sonderschlichters Dr. Dobberstein ein Schiedsspruch für Sachsen gefällt wurde, der sich ziemlich eng an das Vorbild anlehnt. Der gleiche Sonderschlichter sollte

dann auch das Trauerspiel in Baden beenden, wo seit September 1931 Vertragsverhandlungen schweben. Zweimal waren seither Schiedssprüche gefällt worden, beide Male hat ihnen das Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeit versagt. Am 6. und 7. April wurde in Karlsruhe verhandelt. Der Sonderschlichter Dr. Dobberstein hat zwar an dem Zustandekommen des „Mustervertrages“ für Lippe mitge-

„Mustervertrag“ viel Verständnis entgegengebracht wird. Aus all diesen Erwägungen empfahl der Beirat die Ablehnung des Schiedsspruches für Baden.

Die Hoffnung des Sonderschlichters, den Tarifvertrag für Baden mit Hilfe der Unternehmer zustande zu bringen, hat sich übrigens als irrig erwiesen. Der Schiedsspruch wurde auch von den Unternehmern abgelehnt.

## Den Alten zur Ehr'



Julius Breede

Leonhard Heining

Hermann Wagner

Kollege Breede ist seit reichlich 20 Jahren Vorsitzender der Verwaltungsstelle Neustadt (Holstein). Er hat dieses Amt die ganze Zeit hindurch vorbildlich verwaltet. — Kollege Heining ist eines der ältesten Verbandsmitglieder. Am 18. März konnte er sein 50jähriges Mitgliedsjubiläum feiern. Trotz seiner 75 Jahre nimmt er am Verbandsleben seiner Verwaltungsstelle Nürnberg noch regen Anteil. — Kollege Wagner gehört dem Verbandsverbande über 35 Jahre an. 20 Jahre davon war er Vorsitzender der Verwaltungsstelle Waltershausen (Thüringen). Ihre erfreuliche Entwicklung ist zu einem guten Teil sein Werk.

## Den Jungen zur Lehr'

wirkt und den Schiedsspruch für Sachsen gefällt, der dann für verbindlich erklärt wurde, in Karlsruhe setzte er aber seinen Ehrgeiz darin, ein neues, verschlechtertes Muster zu schaffen.

Die technische Entwicklung bringt es mit sich, daß in der Holzindustrie der gelernte Facharbeiter immer mehr vom angelernten Arbeiter verdrängt wird. Das muß auch in den Verträgen gebührend berücksichtigt werden. Dementsprechend sieht auch bereits der alte Manteltarif als Berufsgruppen vor: Facharbeiter, angelernte Arbeiter und Hilfsarbeiter. In den „Musterverträgen“ für Lippe und Sachsen ist der Schlüssel gegen früher verschlechtert worden: er beträgt nun 100, 90 und 80 Prozent. Der neue Schiedsspruch für Baden enthält den angelernten Arbeiter nicht. Statt dessen hat er den Hilfsarbeiter mit 82 Prozent vom Lohn des Facharbeiters bewertet. Und dazu, was es bisher nicht gab, den „Tagelöhner (Aufräumer, Späneträger, Holzstapler)“ mit 77 Prozent. Das würde bedeuten, daß die Angelernten als Hilfsarbeiter und die Hilfsarbeiter als Tagelöhner entlohnt werden.

Dazu kommt, daß der im Tarifvertrag genannte Lohn in allen unseren Verträgen als Tariflohn bezeichnet, also unabhängig ist. Im badischen Schiedsspruch wird der längst überwundene Standpunkt festgehalten, daß der Lohn als „Durchschnittslohn“ gilt und neben ihm ein um 10 Prozent niedrigerer „Mindestlohn“. Den gesetzlichen Schutz der Unabhängigkeit genießt aber nur der Mindestlohn. Der Schiedsspruch enthält noch weitere Verschlechterungen gegenüber dem angeblichen „Mustervertrag“. So die kürzere Feriendauer, geringere Zuschläge für Montagearbeiten und anderes mehr.

Im Beirat wurde unsere Stellung zu dem Schiedsspruch sehr eingehend erörtert. Entscheidend war die Erwägung, daß bei Annahme des Schiedsspruches für Baden nicht mehr der Vertrag für Lippe, sondern eben dieser schlechtere Vertrag für Baden von den Unternehmern als „Mustervertrag“ angenommen werden würde, das weiter zu verschlechtern ist. Die Einstellung des als Sonderschlichter in Baden fungierenden Regierungsvertreters läßt erwarten, daß solchen Verschlechterungswünschen trotz

Der Beirat beschäftigte sich außerdem mit inneren Verbandsangelegenheiten. Bei der Unsicherheit der Wirtschaftslage ist es ganz unmöglich, Dispositionen für längere Zeit zu treffen. Änderungen der Verbandsstatuten, die für längere Zeit gelten sollen, können jetzt nicht beschlossen werden. Deshalb empfahl der Beirat die Vertagung des Verbandstages, der auf den 20. Juni einberufen war. Die finanzielle Lage des Verbandes ist nach wie vor gespannt. Das hat zu mancherlei Einsparungen gezwungen. Eine Anzahl von Angestellten und Hilfskräften mußte entlassen werden und manche sachlichen Aufwendungen wurden eingeschränkt. Dazu gehört auch die Verminderung des Umfangs der „Holzarbeiter-Zeitung“. Dagegen sollen die Unterstützungen des Verbandes solange wie möglich in der seitherigen Höhe weitergezahlt werden.

## Mit Speck fängt man Mäuse

Die Mäuse sind in diesem Fall die Arbeiter, speziell die Holzarbeiter, und der Schlaupöpel, der auszog, sie zu fangen, ist der Syndikus Herbert Broßat in Finsterwalde. In der „Holzindustrie“ vom 2. April unternimmt er es, den Unternehmern zu zeigen, wie sie die Fallen stellen sollen. Er hat festgestellt, daß an dem Niedergang der deutschen Wirtschaft die Gewerkschaften mitverantwortlich sind: freundlicherweise belastet er sie nicht mit der ganzen Verantwortung. Aber durch das Dazwischentreten der Gewerkschaften ist die „Betriebsverbundenheit zwischen Chef und Belegschaft“ zerschlagen worden. Um sie wiederherzustellen, gibt der gute Broßat einige Winke.

Wenn der Unternehmer durch den Betrieb geht, dann soll er nicht nur rügen und antreiben, „sondern auch diesem und jenem Arbeiter ein verdientes Lob aussprechen“. Das bereitet dem Betroffenen eine ideelle Freude und macht dem Unternehmer keine materiellen Kosten. Aber auch darauf soll es dem Unternehmer nicht ankommen, wenn es nicht viel kostet. „Wie gern würde auch der Arbeiter sich einen wertvollen Film, etwa den York-Film ansehen.“ (Nachtigall, dir hör' ich laufen.) Herr Broßat schwärmt

nicht nur für den York-Film, es gibt auch lehrreiche Vorträge, zu denen der Unternehmer seinem braven Arbeiter eine Karte besorgen kann. Er kann für seinen Betrieb auch einen schönen Vortragsabend veranstalten als Ersatz für die Zeitung, die sich viele Arbeiter dank ihrer „Betriebsverbundenheit“ doch nicht mehr halten können. Dann kann der Unternehmer seine Arbeiter auf die Vereine und Bünde hinweisen, die, wie der Herr Syndikus so schön sagt, „sich die Förderung ethischer und moralischer Werte zur Aufgabe gemacht haben, um Beruf und Leben wieder mit Treue, Pflichtbewußtsein, Disziplin, Verantwortung, Befriedigung und Schönheit zu erfüllen“.

Das hätte der für ethische und moralische Werte schwärmende Syndikus viel kürzer sagen können. Würde er den Unternehmern raten: Richtet in euren Betrieben gelbe Vereine ein, dann könnt ihr den Arbeitern nach Herzenslust das Fell über die Ohren ziehen, dann hätte er seinen Gedanken in einem Satz ausgesprochen.

Was ein richtiger Gelber ist, der ist auch mit einem Hungerlohn zufrieden und fühlt sich geschmeichelt, wenn ihm der Unternehmer gelegentlich vertraulich auf die Schulter klopft. Trotz aller „Betriebsverbundenheit“ wird er aber an die Luft gesetzt, wenn ihn der Unternehmer entbehren kann. Es sind traurige Gesellen, die sich durch solchen Speck fangen lassen. Der ehrliche und aufrechte Arbeiter weiß, daß in guten und schlechten Tagen sein Platz bei den Klassengenossen in der Gewerkschaft ist.

## An die gehörlosen Holzarbeiter

Zur Zeit gibt es in unserem Verband drei Städte mit einer Sektion der gehörlosen Holzarbeiter: Berlin, Hamburg und Dresden. Diese Sektionen bestehen seit mehr als 13 Jahren und haben sich bewährt. Warum wird das gegebene Beispiel nicht in anderen Städten befolgt?

Wenn man alle in unserem Verband vereinigten Berufe zusammenzählt, dann gibt es im ganzen Reich mindestens 1900 gehörlose Holzarbeiter, warum sind nicht viel mehr Sektionen vorhanden? Das liegt an euch, Kollegen, und nicht an den Ortsverwaltungen. Von euch muß die Anregung ausgehen.

Es genügt schon, wenn 8 bis 10 Kollegen zusammenkommen. Dann bildet eine Sektion und wählt aus eurer Mitte einen Leiter und einen Schriftführer. Die Ortsverwaltung wird euch gern einen Beirat stellen. Sehr wertvoll ist es natürlich, wenn es möglich ist, einen hörenden Kollegen, der der Zeichensprache mächtig ist, als Dolmetscher zu bekommen. Dann haltet ihr alle Monate eine Versammlung ab und ihr werdet sehen, daß dies eurer Schulung äußerst nützlich ist.

Kollegen, ihr seid doch auch Verbandsmitglieder und zahlt eure Beiträge. Damit habt ihr nicht nur Anspruch auf Unterstützung erworben, sondern auch auf geistige Fortbildung. Ihr habt Anspruch auf Aufklärung und auf Teilnahme am Verbandsleben, wovon euch sonst die Teilnahme an den Versammlungen der hörenden Kollegen wenig bieten kann. Die Ortsverwaltungen werden euch, daran ist nicht zu zweifeln, gern mit Rat und Tat beistehen. Aber die Anregung muß von euch selbst kommen.

Und nun, Kollegen, heran an die Arbeit. Laßt euch die ersten Schwierigkeiten nicht verdrängen; mit zähem Willen lassen sich alle Hindernisse überwinden. Lasset, wenn es erforderlich ist, andere Sachen liegen, denn das Wichtigste in dieser schweren Zeit ist es auch für euch, in unserem Verband mitzukämpfen für eine bessere Zukunft. Wir müssen mitarbeiten an unserer Aufklärung zum Wohle für alle gehörlosen Holzarbeiter im Deutschen Holzarbeiter-Verband.

K. Peter, Dresden.

Mit Laßainan diaz Nimmur  
ist der 17. Doosanbauung föllig





# Holzindustrie



## Als Klavierbauer in Rußland

Weil keine Aussicht bestand (und auch heute noch nicht besteht) im Beruf bald wieder Beschäftigung zu finden, faßte ein Berliner Klavierbauer im Vorjahr den Entschluß, sein Glück in Sowjetrußland zu versuchen. Da der Kollege schon in der Vorkriegszeit bei der Firma Becker in Petersburg (so hieß damals die heutige Stadt Leningrad) gearbeitet hatte, die russischen Verhältnisse im allgemeinen und die der Klavierindustrie im besonderen also bereits kannte, wurde er von den zuständigen russischen Behörden mit offenen Armen aufgenommen. Er selber war gleichfalls froh, in Rußland arbeiten zu können, denn nach den Berichten in den kommunistischen Versammlungen und Zeitungen mußten dort Arbeits- und Lebensverhältnisse herrschen, wie sie anderwärts, insbesondere aber in Deutschland, nicht zu finden sind. Diese Annahme bestätigte sich auch, aber in einem anderen Sinne, als der Kollege gehofft hatte. Lassen wir ihm das, was er im „Arbeiterparadies“ erlebt hat, nun selber schildern:

Ich wurde in der Pianofabrik „Roter Adler“ in Leningrad, und zwar mit 300 Rubel Monatsgehalt (1 Rubel gleich 2,16 Mk.), beschäftigt. Infolge meiner fachlichen Kenntnisse brachte ich es bald zum Kontrollmeister, das heißt zum Werkführer. In diesem Betrieb werden 1200 Arbeiter und etwa 260 Angestellte beschäftigt. Mit dieser Belegschaft stellte das Unternehmen im letzten Jahre nur 3000 Instrumente her. Die Arbeit ist weitgehend geteilt, beispielsweise zerfällt das Bodenmachen in zehn Arbeitsgänge. Zur Verarbeitung kommt schlechtes Material. So wird Holz verarbeitet, das nicht genügend trocken ist. Es wird drauflos gewirtschaftet, damit möglichst viele Klaviere fertig werden, die für einen Spottpreis auf den Weltmarkt geworfen werden. So kostete ein schwarz poliertes Klavier, 1,42 Meter hoch, mit Elfenbeinklaviatur und deutscher Langer-Mechanik, 450 Mk. Es wird zu jedem Preis verkauft, denn die Sowjetregierung braucht Devisen. In Rußland selbst kostet ein kleines Instrument in Eiche etwa 1200 Mk., obwohl es nur eine Zelluloidklaviatur hat und die nichts taugende russische Mechanik. Die Hauptabsatzgebiete der russischen Klavierindustrie sind die Balkanländer, Griechenland und die Türkei.

Gearbeitet wird in Akkord mit Prämiensystem. Der Monatsverdienst bewegt sich um 170 Rubel herum, sehr flotte Arbeiter kommen bis auf 250 Rubel. Gezahlt wird halbmonatlich, aber unregelmäßig. Überstunden und Abzüge werden von der Werkleitung angeordnet, irgendeinen Protest oder gar Widerstand dagegen darf niemand wagen, denn in jedem Arbeitssaal sind 3 bis 4 Geheimpolizisten unauffällig unter den Arbeitern verteilt, um etwaige Äußerungen der Unzufriedenheit höheren Orts anzubringen. Es wird dann auch prompt für Beseitigung — nicht etwa der Mißstände, sondern der Beschwerdeführer gesorgt.

Jeder Arbeiter ist gezwungen, „freiwillig“ bei der Werksparkasse zu sparen und von Zeit zu Zeit Anleihen zu zeichnen, denn Rußland braucht Geld.

Die Lebenshaltung des russischen Arbeiters ist die denkbar schlechteste. Die Lebensmittel sind rationiert. Es soll pro Monat 6 Pfund (das russische Pfund hat nur 400 Gramm) Fleisch auf Karten geben, soviel ist aber nie da, manchen Monat gibt es überhaupt keins. Auch Kleidung ist kaum zu haben. Für ein Paar Stiefel zahlt man etwa 100 Mk. In diesem Jahre mit 1200 Arbeitern kamen monatlich fünf Paar Stiefel zur Verteilung, die der meiste Abgerissene überlassen mußte. Diese Glücklichen brauchen dann nur 40 Mk. für ein Paar zu zahlen.

Große Teile der Arbeiterschaft haben aber nur ein Monatseinkommen von 60 bis 100 Rubel. Wie diese armen Menschen

leben, ist unbeschreiblich. Ich hatte glücklicherweise ein Auslandsbuch, das heißt, ich konnte in den für ausländische Arbeiter eingerichteten Lebensmittelverkaufsstellen zum vorgeschriebenen Preis meinen Bedarf decken. Die Preise sind dort außerordentlich hoch. Es kosteten

- 1 kg Butter ..... 5,— Rubel = 10,80 Mk.
- 1 kg Reis ..... 1,25 Rubel = 2,70 Mk.
- 1 kg Wurst ..... 8,65 Rubel = 18,70 Mk.
- 1 kg Käse ..... 5,70 Rubel = 12,30 Mk.
- 1 kg Zucker ..... 1,25 Rubel = 2,70 Mk.
- 1 kg Äpfel ..... 2,— Rubel = 4,30 Mk.
- 1 kg Schweinefleisch 8,85 Rubel = 19,10 Mk.
- 1 kg Schinken ..... 10,— Rubel = 21,60 Mk.
- 100 g Tee ..... 2,35 Rubel = 5,— Mk.
- 1 Stück Zitrone .... 3,— Rubel = 6,50 Mk.
- 1 Liter Milch ..... 2,— Rubel = 4,30 Mk.

Wer vorhin, als er las, daß ich ein Monatsgehalt von 300 Rubel, also fast 650 Mk., hatte, vielleicht meinte, das sei doch ein märchenhaft hohes Einkommen, der wird jetzt, nachdem er die Lebensmittelpreise kennt, die ich zahlen mußte, um mich satt essen zu können, anderer Meinung sein. Dabei sei noch erwähnt, daß manche Lebensmittel zeitweise überhaupt nicht zu haben waren. So gab es monatelang kein Schmalz und keine Eier, auch die Kartoffeln waren sehr knapp. An Brot war kein Mangel, dies war auch verhältnismäßig billig, es ist aber längst nicht so schmackhaft wie das deutsche. Für 25 Zigaretten der schlechtesten Sorte, die kein Mensch rauchen kann, zahlte man 70 Pf., für rauchbare mußte man etwa 12 Pf. für das Stück zahlen.

Die Mehrheit der russischen Arbeiter ist unterernährt. In den Krankenhäusern liegen zahlreiche Magenranke. Da es an geeigneten Medikamenten fehlt, werden die Kranken mit Aspirin gefüttert.

Die Wohnungsverhältnisse sind erbärmlich schlecht. In der Regel bewohnt jede Familie ein Zimmer. Das trifft vor allem dort zu, wo die früheren großen Wohnungen aufgeteilt worden sind. Es ist keine Seltenheit, daß für 10 Familien nur eine Küche zur Verfügung steht. Die Häuser sind außen und innen verfallen. Die Auslandsdelegationen sehen davon freilich nichts, denn diese werden in geschlossenen Autos vom Bahnhof abgeholt und in den besten Hotels hochherrschäftlich verpflegt. So werden sie in den Glauben versetzt, daß auch die russischen Arbeiter so wohnen und leben, wie sie es auf Kosten der Sowjetregierung einige Wochen tun konnten.

Im März dieses Jahres hatte ich vom „Arbeiterparadies“ genug. Dazu kam, daß ich (wie auch andere Ausländer) jetzt zu den für die russischen Arbeiter üblichen Bedingungen arbeiten sollte. Dann wäre es mir noch schlechter ergangen als seither schon. Als es so weit war, daß ich wieder nach Deutschland zurückkonnte, nahm man mir meine Ersparnisse in Höhe von 260 Rubel ab, denn die Sowjetregierung will ihre Rubel im Lande behalten. Nur einen Betrag von etwa 14 Mk. händigte man mir aus. Den Rest soll ich erhalten, sobald ich den russischen Boden wieder betrete. Daran denke ich aber nicht einmal im Traum. In Deutschland ist es heute gewiß nicht schön, aber doch viel besser als in Sowjetrußland. Darüber sollten alle Kollegen sich klar sein, die mit dem Gedanken spielen, nach Rußland auszuwandern.

## Wie Polen seine Kistenausfuhr fördert

In Polen sind kürzlich für die Einfuhr von Kolonialwaren und Südfrüchten gestaffelte Zolltarife eingeführt worden. Der Mindesttarif kommt in Anwendung, wenn der Importeur nachweist, daß er eine gleich große Menge bestimmter polnischer Waren ausgeführt hat, wie er Kolonialwaren und Südfrüchte einführen will. Zu diesen Waren gehören auch Kisten und Kistenteile. Der Importeur braucht nicht die gleiche Person zu sein wie der Exporteur von Kisten. Es ist also möglich, daß die Kistenfabrikanten mit den Importeuren von Kolonialwaren und

Südfrüchten zur Ausnutzung der Zollvergünstigungen ein entsprechendes Abkommen treffen. Das wird auch in größtem Umfange geschehen. So soll sich bereits eine Art „Börse“ für Kompensationsbescheinigungen gebildet haben. Das Geschäft ist sehr lohnend, denn die Zollermäßigung beträgt 40 Prozent des Kistenwertes. Diese Vergünstigung gibt den polnischen Kistenfabrikanten die Möglichkeit, ins Ausland weit unter dem Herstellungspreis zu verkaufen. Die Folgen davon wird auch die deutsche Kistenindustrie zu spüren bekommen.

## Starker Rückgang der Klavierausfuhr in der ganzen Welt

Im Jahre 1931 führte Deutschland 9609 Klaviere aus gegen 19 609 im Vorjahre und 76 463 im Jahre 1913. Die Hauptursachen dieses gewaltigen Ausfuhrückgangs sind bekannt: erstens die ständige Erhöhung der Zollmauern in den für den Klavierabsatz hauptsächlich in Betracht kommenden Kulturländern und zweitens der radikale Geschmackswandel auf dem Gebiete der Hausmusik. Über beides ist in diesen Spalten schon wiederholt geschrieben worden, so daß wir uns heute ein näheres Eingehen darauf ersparen können; es genügt in diesem Zusammenhang ihre einfache Erwähnung. Bei dieser Art der Hauptursachen ist es selbstverständlich, daß der starke Ausfuhrückgang keine spezifisch deutsche Angelegenheit sein kann, er betrifft alle am Klavierexport beteiligten Länder. Deutschland marschiert dabei an der Spitze, was sich daraus erklärt, daß es seit jeher der Hauptlieferant des Klavierweltmarktes ist. Im Jahre 1913 betrug der Weltaußenhandel mit Klavieren 101 153 Stück, davon stammten, wie schon oben erwähnt wurde, 76 463 oder 75,6 Prozent aus Deutschland. Heute ist sein Anteil nicht mehr so groß, 1931 betrug er noch 58,9 Prozent. An zweiter Stelle folgt Frankreich mit 14,6 Prozent, dann kommen die Vereinigten Staaten von Amerika mit 8,4, England mit 7,7, Österreich mit 6,4, die Tschechoslowakei mit 2,8 und Kanada mit 1,2 Prozent.

Diese Staaten sind die wichtigsten Produktions- und Ausfuhrländer der Klavierindustrie. Wie ihr Export sich in den letzten drei Jahren entwickelt hat, geht aus folgender Zusammenstellung hervor, die wir der „Deutschen Instrumentenbau-Zeitung“ entnehmen.

Länder	Ausfuhr in Stück				Rückgang von 1913 bis 1931 in Prozent
	1931	1930	1929	1913	
Deutschland	9609	19609	30896	76463	87,4
Prozentualer Anteil	58,9	62,6	61,5	75,0	—
Ver. Staaten	1372	2524	7067	3982	84,7
Prozentualer Anteil	8,4	8,0	14,1	8,9	—
England	1256	2004	3409	9780	87,2
Prozentualer Anteil	7,7	6,4	6,8	9,7	—
Frankreich	2375	3471	3992	4141	42,6
Prozentualer Anteil	14,6	11,1	7,9	4,1	—
Tschechoslowakei	450	647	768	1550	—
Prozentualer Anteil	2,8	2,1	1,5	—	—
Österreich	1037	2217	3263	—	1,5
Prozentualer Anteil	6,4	7,1	6,5	—	—
Kanada	200	837	860	237	15,6
Prozentualer Anteil	1,2	2,7	1,7	0,2	—
Zusammen	16299	31309	50255	101153	83,9

Der Ausfuhrückgang ist also allgemein, aber doch von recht unterschiedlicher Stärke. Im letzten Jahre hat Kanada am schlechtesten abgeschnitten, doch ist hier zu beachten, daß die Stückzahl für 1931 geschätzt ist, da die amtliche Statistik noch nicht vorliegt. Bei der Tschechoslowakei handelt es sich durchweg um Schätzungen. Recht gut gehalten hat sich die französische Klavierausfuhr, sowohl im Vergleich zu 1930 als auch zur Vorkriegszeit. Deutschland, England und die Vereinigten Staaten haben im letzten Jahre einen ziemlich gleich starken Ausfuhrückgang aufzuweisen. Das gilt auch im Vergleich zu 1913. Im Durchschnitt aller Länder beträgt der Ausfuhrückgang seit dem letzten Vorkriegsjahr 83,9 Prozent. Diese Zahl kennzeichnet die trostlose Lage der Klavierindustrie besser, als es mit Worten geschehen kann.

## Stahlholztüren

Die Ministerialbestimmungen enthalten für den Bau von Geschäfts- und Warenhäusern besondere Vorschriften für die Gestaltung der Türen. Sie sind jedoch nicht in allen deutschen Einzelstaaten gleich, und so kommt es, daß man allen möglichen dehnbaren Bezeichnungen begegnet, die eine sehr weitgehende Auslegung ermöglichen. Es herrscht auf diesem Gebiet ein ziemliches Durcheinander. Nur ein preußischer Erlaß schafft einige Klarheit, indem er nur zwei Begriffe gelten läßt: „Feuerbeständig“ und „Feuerhemmend“.

Als feuerbeständig gelten in Preußen Türen, wenn sie bei amtlichen Brandproben einer Glut von 1000 Grad mindestens eine halbe Stunde erfolgreich Widerstand leisten und so konstruiert sind, daß sie selbstständig zufallen. Der Rahmen muß ebenfalls aus feuerbeständigem Material bestehen, mindestens 1,5 Zentimeter Falz haben und rauchdicht schließen. Es kommt also in Preußen nicht auf die Bezeichnung an, die eine Baufirma ihren Türen in bezug auf Feuersicherheit gibt, sondern darauf, daß sie amtlich als feuerbeständig geprüft sind. An sich entsprechen nur wenige Türtypen den an sie gestellten Anforderungen. In der Hauptsache dürfte es sich dabei wohl um Stahl Türen besonderer Konstruktion handeln, die von Spezialfirmen hergestellt werden.

Als feuerhemmend gelten Türen, wenn sie — ohne selbst in Brand zu geraten — wenigstens eine Viertelstunde dem Feuer erfolgreich Widerstand leisten und den Durchgang des Feuers verhindern. Neben den bestimmt feuerhemmenden Stahl Türen gibt es auch Stahlholztüren, die behördlich als feuerhemmend anerkannt sind. Die Stahlholztür ist eine aus sechs Lagen bestehende Sperrholztür, die allseitig mit einem Stahlmantel eingefasst ist. Dieser Stahlmantel ist nach einem besonderen Verfahren unter hohem Druck mit dem Holzkern so fest verbunden, daß Stahlplatte und Holz ein unzertrennbares Ganzes bilden. Diese Konstruktion hat gegenüber vielen Stahl Türen wesentliche Vorteile: Die leichte Handhabung, den ruhigen Einschlag, wärmeschützende und schalldämpfende Wirkung. Bei dieser Türart ist durch die Stahlhaut und durch besondere Falzung jede diagonale Veränderung, jedes Reißen und Verziehen unmöglich gemacht.

## Musikinstrumente als Gefängnisarbeit

Die Zollverwaltung der Vereinigten Staaten von Amerika hat die Einfuhr von Klarinetten aus den französischen Orten Poissy und La Grutur-Brussy verboten. Als Grund wird angegeben, daß die aus diesen Orten kommenden Instrumente teilweise im Gefängnis hergestellt werden. Nach den amerikanischen Zollgesetzen gelten die von Gefangenen hergestellten Waren als Dumping, das heißt als Erzeugnisse, die unter den üblichen Selbstkosten hergestellt worden sind und durch deren Einfuhr die heimische Industrie des Einfuhrlandes geschädigt wird.

## Holzzwangssyndikat in Rumänien

Der Umstand, daß die wichtigsten Absatzländer für rumänisches Holz in der letzten Zeit immer mehr dazu übergehen, ihre Holzeinfuhr zu kontingentieren, hat die rumänische Regierung veranlaßt, die Bildung eines Holzzwangssyndikats vorzuschlagen. Der vorliegende Gesetzentwurf verpflichtet alle Exporteure von Rund- und Schnittholz, sich dem Syndikat anzuschließen. Das Syndikat soll die gesamte Holzausfuhr regeln, und zwar vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft aus. Ob aus diesem Plan der rumänischen Regierung etwas wird, bleibt abzuwarten. Er zeigt aber das Bestreben, mittels staatlicher Organisation der handelspolitischen Schwierigkeiten Herr zu werden.





# Unterhaltung und Wissen



## Wolton Samuel suchende

16. Fortsetzung.

Copyright by Malik-Verlag AG, Berlin.

Samuel starrte ihn verständnislos an: „Wie?“

„Eine herrliche Idee“, fuhr Bertie fort. „Ich würde Ihnen ein kleines Geschäft einrichten, so daß Sie es gut hätten.“

„Herr Albert!“ Samuel war bis in die Tiefe der Seele gekränkt.

„Belle ist sehr schön, Samuel. Das sagen Sie ja selbst. Und sie ist auch ein gutes Mädchen, nur etwas wild. Sie aber verstehen es, mit ihr fertig zu werden.“

Bertie schwieg einen Augenblick; als er bemerkte, daß Samuel noch nicht überzeugt sei, fügte er lachend hinzu: „Warten Sie, bis Sie Belle besser kennen; vielleicht werden Sie sich in sie verlieben.“

Samuel schüttelte den Kopf. „Herr Albert“, entgegnete er leise, „Sie scheinen nicht zu begreifen, weshalb ich zu Ihnen kam.“

„Was wollen Sie damit sagen?“

„Diese ... diese ganze Angelegenheit ... ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie weh es mir tut ... Ich kam her, um Ihnen zu dienen, Herr Albert. Sie ahnen ja gar nicht, wie mir zumute war. Ich war bereit, alles zu tun, fühlte so große Dankbarkeit, weil ich in Ihrer Nähe sein durfte. Sie sind reich und groß, alles um Sie ist so schön ... ich glaubte, Sie müßten edel und gut sein, um all dies verdient zu haben. Und jetzt muß ich entdecken, daß Sie ein schlechter Mensch sind!“

Bertie setzte sich auf: „Was zum Teufel?“

„Und das ist furchtbar für mich, Herr Albert“, fuhr Samuel fort. „Ich weiß gar nicht, wie ich die Sache verstehen soll ...“

„Hören Sie, Samuel“, fragte Bertie zornig. „wer hat Sie hingeschickt, mir eine Moralpredigt zu halten?“

„Ich kann es nicht verstehen“, sagte Samuel, „Sie gehören doch zu den Tauglichen; Professor Stewart hat es mir erklärt. Und dennoch kenne ich Menschen, die gar nichts besitzen und trotzdem besser sind als Sie.“

Bertie Lockman blickte in Samuels tiefernste Augen, brach dann in lautes Lachen aus. „Hören Sie, Samuel, Sie benehmen sich gar nicht richtig.“

„Wieso, Herr Albert?“

„Wenn ich zu den Tauglichen gehöre, woher nehmen dann Sie das Recht, mir eine Predigt zu halten?“

Samuel verstümmte betroffen. „Ich ... Herr ...“, stammelte er.

„Schließlich“, fuhr Bertie fort, „bin ich der Herr, und Sie sind der Diener. Ich besitze Wissen und Kultur. Sie aber sind nur ein Bauernlämmel. Und dennoch wagen Sie es, Ihre Ansichten den meinen gegenüberzustellen! Erdreisten sich, über mich ein Urteil zu fällen, mir zu sagen, was ich tun soll.“

Samuel fand auf diese Worte keine Antwort.

„Sehen Sie denn nicht ein“, nützte Bertie seinen Vorteil aus, „daß Sie, wenn Sie wirklich das glauben, was Sie sagten, sich mir unterwerfen müssen? Wenn ich behaupte, etwas sei recht, so wird es dadurch recht. Müßte ich hingegen Ihre Billigung einholen, würde nicht dadurch ich zum Diener und Sie würden zum Herrn?“

„Nein, nein, Herr Albert“, widersprach Samuel, „so war es nicht gemeint.“

„Ich könnte Ihnen ja dann gleich mein ganzes Geld aushändigen“, beharrte Bertie. „Auf diese Art könnten Sie alles nach Belieben ordnen.“

„Das meinte ich doch wirklich nicht!“ rief Samuel verzweifelt. „Ich weiß nicht, wie ich Ihnen antworten soll; aber ... etwas ist unrecht.“

„Was? Wieso?“

„Herr Albert“, platzte Samuel heraus, „es kann nicht recht sein, daß Sie sich betrinken.“

Berties Gesicht verdunkelte sich.

„Es kann nicht recht sein“, wiederholte Samuel.

Plötzlich beugte sich Bertie vor. „Vielleicht haben Sie recht. Aber was wollen Sie dagegen tun?“ Aus seiner Stimme klang Zorn, und Samuel schwieg erschrocken. Die beiden Burschen starrten einander an.

„Ich bin oben an der Spitze!“ rief Bertie heftig. „Bin an der Spitze und werde dort bleiben. Verstehen Sie? Das Spiel liegt in meiner Hand. Und wenn es mir beliebt, mich zu betrinken, so werde ich mich betrinken. Sie aber werden meine Befehle entgegennehmen und sich um Ihre eigenen Angelegenheiten kümmern. Was sagen Sie nun?“

„Ich nehme an, Herr Bertie“, flüsterte Samuel erstickt. „daß ich meine Stellung aufgeben kann.“

„Ja, und dann werden Sie entweder verhungern oder einen anderen reichen Menschen um eine Stelle bitten. Werden dessen Befehle befolgen und Ihre Ansichten für sich behalten. Verstanden?“

„Ja“, Samuel senkte die Augen, „ich verstehe.“

„Gut.“ Bertie erhob sich schwankend. „Und jetzt gehen Sie zu Belle zurück und überbringen Sie ihr meine Botschaft.“

„Ja, Herr Albert.“

„Sagen Sie ihr, daß ich mit ihr fertig bin und sie nicht mehr sehen will. Ich werde ihr jeden Monat zweihundert Dollar schicken, solange sie mich in Ruhe läßt. Schreih sie mir aber oder belästigt sie mich auf irgendeine Weise, so bekommt sie nichts. Das ist alles.“

„Ja, Herr Albert.“

„Und was Sie anbelaugt, Samuel, so war Ihr Verhalten ein ganz netter Scherz, doch darf er sich nicht wiederholen. Von nun an sind Sie der Gartenjunge, und ich rate Ihnen, nicht wieder Ihre Stellung zu vergessen.“

„Ja, Herr Albert.“ Samuel blieb stehen und beobachtete, wie Bertie ins Haus ging. Dann wandte er sich ab und schritt halb betäubt die Straße entlang.

Berties Worte waren wie gutgezielte Hammerschläge auf ihn niedergesaut, hatten ihm alle Illusionen genommen. Nun hatte er die Arbeit, auf die er so stolz gewesen war, sowie alles, was mit ihm zusammenhing. Verwirrung und Schmerz quälten ihn — genau wie in jener Nacht in der Zelle, da er erkannt hatte, daß die von ihm so sehr verehrte Justiz gar nichts Erhabenes sei, sondern vielmehr ein Werkzeug der Klassenunterdrückung und Ungerechtigkeit.

In dieser Stimmung erreichte er das Hotel. Da er niemand im Büro vorfand, eilte er geradeswegs zu Belles Zimmer, klopfte an. Er erhielt keine Antwort; klopfte noch einmal, stärker. „Ob sie wohl fortgegangen ist?“ dachte er bei sich. Schaute noch einmal nach der Nummer, um sich zu vergewissern, daß dies das richtige Zimmer sei. Dann drückte er leise auf die Klinke. Sie ging nach. „Fräulein!“ sagte er, dann lauter: „Fräulein!“

Keine Antwort. Samuel betrat das Zimmer. „Vielleicht schläft sie“, dachte er. Aber

das war unwahrscheinlich. Er lauschte, ob er Belles Atem vernehme, doch hörte er nichts. Keinen einzigen Laut. Schließlich trat er zum Bett, streckte die Hand aus, fuhr dann mit einem Schreckensschrei zu-



rück: er hatte etwas Warmes, Klebriges berührt.

Samuel rannte in die Halle; als er seine Hand besah, wurde er fast ohnmächtig: sie war ganz blutig. „Hilfe! Hilfe!“ brüllte er und lief die Treppe hinab in das Büro.

Der Hotelbesitzer kam gelaufen. „Schauen Sie“, keuchte Samuel, „sehen Sie, was sie getan hat?“

„Mein Gott!“ rief der Mann und rannte die Treppe hinauf; Samuel folgte ihm. Mit zitternden Händen entzündete der Mann das Licht. Samuel warf einen Blick nach dem Bett, klammerte sich dann an den Tisch, krank vor Entsetzen. Das Mädchen lag in einer Blutlache; über ihren Hals zog sich vom einen Ohr zum anderen ein breiter Schnitt. „Oh! Oh!“ stöhnte Samuel. „Ich ertrage es nicht.“ Er streckte wie abwehrend die eine Hand aus, verbarg mit der anderen das Gesicht. Der Hotelbesitzer starrte ihn an: „Sagen Sie, junger Mann“, begann er.

„Was?“

„Wann entdeckten Sie ...“

„Eben jetzt, als ich kam.“

„Waren Sie denn fort?“

„Selbstverständlich. Ich ging gleich wieder fort.“

„Ich sah Sie nicht.“

„Nein, ich kam ins Büro, aber Sie waren nicht da.“

„Hm: das kann stimmen, kann aber auch nicht stimmen. Sie können es selbst der Polizei erzählen.“

„Der Polizei?“ wiederholte Samuel, und dann, von jähem Entsetzen erfaßt: „Sie glauben doch nicht, daß ich es getan habe?“

„Ich weiß überhaupt nichts davon. Weiß nur, daß Sie das Mädchen herbrachten, und daß Sie jetzt hierbleiben werden, bis die Polizei kommt.“

Inzwischen hatte der Lärm einige Leute aus dem Schlaf geschreckt, und sie kamen ins Zimmer geeilt. Samuel sank stumm auf einen Sessel nieder, wartete. Nach einer weiteren halben Stunde befand er sich abermals auf dem Wege zur Polizeistation; diesmal marschierten zwei Polizisten neben ihm, hielten ihn an beiden Armen fest. Er war des Mordes verdächtig! (Fortsetzung folgt.)

## Millionenstädte der Welt

Nach den neuesten Feststellungen gibt es heute auf der ganzen Erde 30 Städte mit über eine Million Einwohnern. Auf die fünf Erdteile verteilen sich die Millionenstädte wie folgt:

Europa zählt zwölf Millionenstädte: London mit 7,9, Berlin mit 4,3, Paris mit 3,1, Moskau mit 2,1, Wien mit 1,8, Leningrad mit 1,6, Budapest mit 1,2, Glasgow mit 1,1, Hamburg mit 1,1, Warschau mit 1,1, Neapel mit 1,1 und Birmingham mit 1,1 Millionen Einwohnern.

Asien zählt sieben Millionenstädte: Schanghai mit 2,7, Osaka mit 2,5, Tokio mit 2,1, Tientsin mit 1,4, Hankau mit 1,3, Kalkutta mit 1,3, Bombay mit 1,2 Millionen Einwohnern.

Afrika zählt nur eine Millionenstadt, und zwar Kairo mit 1,1 Millionen Einwohnern.

Amerika zählt acht Millionenstädte: Neuyork mit 7,0, Chikago mit 3,4, Buenos Aires mit 2,1, Philadelphia mit 2,0, Detroit mit 1,6, Rio de Janeiro mit 1,5, Los Angeles mit 1,2, Montreal mit 1,1 Millionen Einwohnern.

Australien zählt zwei Millionenstädte: Sydney mit 1,2 und Melbourne mit 1,1 Millionen Einwohnern.

Die drei größten Städte der Welt sind der Reihenfolge nach: London, Neuyork, Berlin.

## Zuckerbäume

Im Indischen Archipel bis zu den Molukken und Philippinen hin gewinnen die Eingeborenen schon seit undenklicher Zeit kristallisierten braunen Zucker durch Anzapfen der Stämme der Zuckerpalme (Arenga saccharifera) und Eindampfen des ausfließenden Saftes in einfachen Eisenkesseln. Im Westen von Java wurden gegen Mitte des vorigen Jahrhunderts noch viele tausend Zentner von diesem Palmzucker jährlich gewonnen, obgleich schon damals auf der Insel die Zuckerrohrkultur sehr großen Umfang erlangt hatte. Sicherlich hätten die Anpflanzungen der auch für verschiedene andere Zwecke benutzten Palme sich auf Java noch sehr erweitert, wenn nicht die holländische Kolonialverwaltung die Eingeborenen gezwungen hätte, allen Palmzucker zu dem Spottpreis von weniger als 2,50 Mk. für den Zentner an die Staatsmagazine abzulefern. Noch jetzt kann man auf Java überall diesen aromatischen, an Marzipan erinnernden Zucker für weniges Geld kaufen und hier und da auch solchen, welcher aus dem Saft des Stammes der Kokos- sowie der Gebang- oder Talipotpalme gewonnen ist.

Erstaunlich groß ist die Menge des Baumzuckers, den man jährlich in Nordamerika dem Stamm des Zuckerahorns (Acer saccharinum) entnimmt. Kanada erzeugt zur Zeit jährlich 13 Millionen Kilo, und in den Vereinigten Staaten erstreckt sich die Gewinnung sogar auf 16,5 Millionen Kilo im Jahr. Am besten gedeiht der Zuckerahorn in den kanadischen Provinzen Quebec, Ontario, Neu-Braunschweig und Neu-Schottland. Weiter südlich aber in den Vereinigten Staaten bilden Neu-Hampshire, Vermont, Pennsylvania und Newyork seine südliche Wachstumsgrenze. Überall in diesen Gebieten wurde die Gewinnung des Baumzuckers schon von den Indianern sehr eifrig betrieben. Diese legen ihr heute noch so große Bedeutung für ihren Haushalt bei, daß sie den Februar, in welchem der süße Saft des Baumes hauptsächlich abgezapft wird, den „Ahornmonat“ nennen. Wo man die Wahl hat, zapft man am liebsten über 100 Jahre alte Bäume an, indem man etwa ein halbes Meter über dem Erdboden Löcher durch die Rinde und den Splint des Stammes bohrt, ohne sein Wachstum dadurch zu beeinträchtigen. Man kann das im anbrechenden Frühling wohl 40 Jahre wiederholen und so aus einem einzigen Baum bis 120 Kilo Zucker gewinnen. Da dieser einen außerordentlich feinen Geschmack und Duft nach Waldmeister (Kumarin) hat, zahlen die Amerikaner hohe Preise namentlich für den aus den Staaten Vermont und Newyork, der sich durch eine feine „Blume“ auszeichnet.

In Europa wird der Saft unserer gemeinen Birke schon seit langer Zeit zur Gewinnung von Zucker benutzt. Nach Lippmann siedet man in Nordamerika hin und wieder Zucker aus dem Saft der Schwarzbirke. Daß die genannten und viele andere Baumarten in ihren holzigen Teilen Zucker enthalten, kann uns heute eigentlich nicht mehr in Verwunderung versetzen. Wissen wir doch durch Willstätter und Bergius, daß sich der Zellstoff des Holzes durch ein verhältnismäßig einfaches chemisches Verfahren zum Teil in Zucker verwandeln läßt.

## Frühlingsfanfare

Heraus, Prolet, aus deinen Hungerstuben!  
Noch werden unsre Knochen hart besteuert.  
Heraus, Prolet, aus deinen Großstadtgruben!  
Am bessten kämpft sich's angefeuert.  
Was nützet uns der Frühling,  
Wie ihn die zarten Spießer lieben,  
Der Glaube ist ein eigen Ding,  
An unserm gibt es nichts zu schleben.  
Hört ihr der Freiheitsgöttin Ruf?  
Es ist des eignen Herzens Schlag,  
Der sich das heilige Echo schuf  
Als Bote eines kühnen Tag.  
Uns muß Gelöbnis sein,  
Das tausendfache Brudereid,  
Im Ringen hart wie Stein  
Und nicht der Wunden schmälend.  
Alexandre Meris.



### Die Familienzuschläge zur Arbeitslosenunterstützung

Nach § 103, Abs. 2 AVAVG. erfordert die Gewährung des Familienzuschlags zwei Voraussetzungen, nämlich

1. daß der Angehörige einen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch gegen den Arbeitslosen hat,
2. daß der Arbeitslose den Angehörigen „bis zum Eintritt seiner Arbeitslosigkeit ganz oder überwiegend unterhalten hat“.

Von einigen Abweichungen, die das Arbeitsvermittlungsgesetz und Arbeitslosenversicherungsgesetz vorsieht, kann hier abgesehen werden.

Ein Unterhaltsanspruch besteht nur, wenn und solange der Unterhaltsberechtigte außerstande ist, sich selbst zu unterhalten (§§ 1601 bis 1615 BGB.). Das gilt auch für den Unterhaltsanspruch des Ehemannes gegen die Ehefrau (§ 1360 BGB.), dagegen hat die Ehefrau gegen den Ehemann in jedem Falle Unterhaltsanspruch, auch wenn sie selbst Einkommen oder Vermögen hat (§ 1360 BGB.). Für das Gebiet der Arbeitslosenversicherung ist das durch die grundsätzliche Entscheidung des Spruchsenats vom 28. November 1930, Nr. 3967, IIIa Ar. 274/30, RABl. 1931, Heft 3, S. IV 50 ausdrücklich klargestellt worden.

Die erste der obengenannten Voraussetzungen für die Gewährung des Familien-

zuschlags liegt also hinsichtlich der Ehefrau immer vor. Zu prüfen ist bei ihr dann nur (wie bei allen Angehörigen, für die der Zuschlag verlangt wird), ob der Mann die Frau „bis zum Eintritt der Arbeitslosigkeit“ ganz oder überwiegend unterhalten hat. Die bloße Tatsache, daß die Frau auch Einkommen (Arbeitsverdienst) hat, genügt nicht, dem arbeitslosen Mann den Zuschlag für die Frau zu versagen. Festzustellen ist vielmehr, ob die Frau mit ihrem eigenen Einkommen ihren eigenen Unterhalt „ganz oder überwiegend“ bestritten hat.

Beispiel: Verdienst des Mannes 45 Mk., der Frau 12 Mk., zusammen 57 Mk., weitere Familienangehörige sind nicht da, auf jede Person entfallen 28,50 Mk., die Frau hat zu ihrem Unterhalt nur 12 Mk., also weniger als die Hälfte, beigetragen, der Mann hat im Falle der Arbeitslosigkeit Anspruch auf Zuschlag für die Frau. Sind bei denselben Einkommensverhältnissen noch zwei minderjährige Kinder da, so entfallen auf diese je ein Sechstel des Gesamteinkommens, also je 9,50 Mk., auf Mann und Frau je zwei Sechstel, also je 19 Mk., die Frau hat zu ihrem eigenen Unterhalt mehr als die Hälfte beigetragen, dem Manne steht kein Zuschlag für sie zu.

Das Ergebnis erscheint unbillig, weil bei größerem Bedürfnis der Zuschlag versagt, bei geringerem Bedürfnis aber gewährt wird. Das Arbeitsvermittlungsgesetz und Arbeitslosenversicherungsgesetz geht aber

nicht von Billigkeitsgründen aus. Nach der grundsätzlichen Entscheidung des Spruchsenats vom 18. Oktober 1929, Nr. 3576, IIIa Ar. 106/29, RABl. 1929, Heft 33, S. IV 435 wird der Zuschlag gewährt, um dem Arbeitslosen, der bisher Ernährer eines Angehörigen war, zu ermöglichen, seiner Unterhaltspflicht auch während der Arbeitslosigkeit nachzukommen. In derselben Entscheidung 3576 wird begründend ausgeführt, daß allein der Zeitpunkt „bis zum Eintritt der Arbeitslosigkeit“ maßgebend ist, ob der Zuschlag zu gewähren oder zu versagen ist, und „nachträgliche Änderungen in der Unterhaltsgewährung bedeutungslos sind“. Hat der Mann die Frau „bis zum Eintritt der Arbeitslosigkeit“ also ganz oder überwiegend unterhalten, so hat er Anspruch auf Zuschlag für die Frau, und zwar auch dann, wenn die Frau während der Arbeitslosigkeit des Mannes Arbeit aufnimmt und sehr hohen Verdienst erzielt.

Wenn die Tatsache, daß der Zuschlag dann auch nicht entzogen werden darf, als unbillig bezeichnet wird, so ist dem entgegenzuhalten, daß der Mann für die Frau, die er „bis zum Eintritt seiner Arbeitslosigkeit“ nicht überwiegend unterhalten hat, auch dann keinen Zuschlag bekommt, wenn sie ihr Einkommen verliert, keine Unterstützung bekommt, und vom Manne auch während dessen Arbeitslosigkeit ganz unterhalten werden muß. Wollte man Billigkeitsgründe sprechen lassen, so müßte während der Arbeitslosigkeit des

Mannes sowohl zu dessen Gunsten wie zu seinen Ungunsten die Nachprüfung der Unterhaltsgewährung erfolgen; während die Arbeitsämter nach der Meldevorschrift des § 176 AVAVG. ganz allgemein lediglich zu Ungunsten des Arbeitslosen nachprüfen und bei entsprechendem Verdienst der Frau dem Mann den Zuschlag für sie entziehen. Die Nachprüfung während der Arbeitslosigkeit ist aber, wie oben ausgeführt, überhaupt unzulässig, sie darf nur dahingehend vorgenommen werden, ob der familienrechtliche Unterhaltsanspruch noch besteht, und das ist bei der Ehefrau immer der Fall.

„Bis zum Eintritt der Arbeitslosigkeit“ heißt nicht: gerade zu der Zeit oder kurze Zeit vorher, sondern es sind die Lebens- und Erwerbsverhältnisse der letzten Jahre in Betracht zu ziehen. (Grundsätzliche Entscheidung des Spruchsenats vom 17. Oktober 1930, Nr. 3966, IIIa Ar. 229/30, RABl. 1931, Heft 3, S. IV 49.) Hat bei schon mehrjährigen Bestehen der Ehe die Frau nur einige Monate vor der Arbeitslosigkeit des Mannes ein Einkommen, mit dem sie sich überwiegend unterhielt, gehabt, so ist sie in den letzten Jahren trotzdem vom Manne überwiegend unterhalten worden, und dieser hat im Falle seiner Arbeitslosigkeit Anspruch auf Zuschlag für die Frau. L. M.

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kaiser, Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

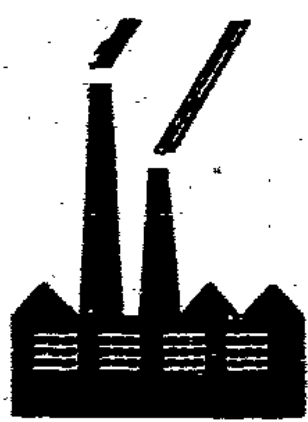
Wie der Tischler zeichnet, findet man in den beiden Bänden

## PRAKTISCHE WINKE von Architekten Schultheiß und Ulrich

BAND I, in Ganzleinen gebunden, enthält: Wie konstruiere ich? / Maßnahmen im Bau / Möbelmaße / Kalkulation / Buchführung / Die maschinelle Einrichtung  
BAND II, in Ganzleinen gebunden, enthält: Vom Fachzeichnen des Tischlers / Die Werkstattzeichnung / Perspektive / Bautischlerarbeiten / Herstellung der Türen und Fenster / Fachtechnisches / Werbetätigkeit

Jeder Band 2,50 Mk., zusammen 4,50 Mk.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16



### Seibitz-Rapp

nach Gewicht  
bunte Stoffe für Schürzen, Kleider, Hemden usw.

1 Pfund Mk. 1.90

1 Pfund je nach Qualität bis 6 Meter und mehr. Garantie: Umtausch oder Geld zurück. Versand nur gegen Nachnahme; ab 20 Mk. portofrei.

Hermann Wündisch  
Augsburg-Str. 34

**Sperrholz** sowie furnierte Möbelteile jed. Art billigst. Ford. Sie Preisl. W. Gringorath, Ascherleben, Döberitz Tor 2a.

**Tischler-Fachschule Köthen** Ausbildung zu Meistern, Technikern usw. — Preisgeld gegen Rückporto.

**FORDERN SIE** den neuen Lehrplan der

**Tischlerfachschule Blankenburg (Harz)** an. Die moderne Ausbildung für den weiterstrebenden Tischler

**Germinaren Medicus** Hygienisch. Art. Preisliste 0 gratis. Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 5.

**Reform-Putzmittel** 45 mm. Preis 100 x

**BIOX-ULTRA-ZAHNPASTA** Ist ein rein deutsches Erzeugnis. Mit einer Tube zu 50 x können Sie bis zu 100 x putzen, weil BIOX-ULTRA hochkonzentriert ist und sie hart wird.

**Original-süddeutsche Hobelbänke 65 Mark.**

2 m hintere Blattlänge, Stahlspindel. **Werkzeug-Neuheiten!**

Preisliste gratis und franko. Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West

**Hobelbänke 60 RM.**

2 m lang, Stahlspindel, kompl. in Qual. Blatt 1a gezeug. Kostrische Garantie. Werkzeuge gratis. Preisliste gratis. Karl Raschich, Pirmas. Kasernenstr.

**Betten** Schlafzimmer. Stahlmatt. Kissen. Preisliste gratis. Eisenmöbel-Fabrik Süd (Höringstr.)

**Kollegen! Abonnieren das Fachblatt für Holzarbeiter**

### SCHWANGER SCHAFT

Die Heilung der Schwangerschaft und die sichere Verhütung der Empfängnis.

Mit Abbildungen / Preis 1,80 Mk.

Alles was über die intimen Beziehungen zwischen Mann und Weib zu sagen ist, wird hier — durch Abbildungen trefflich erläutert — in offener klarer Weise eingehend besprochen. Das Buch ist mit gründlicher Sorgfalt von einem erfahrenen Frauenarzt bearbeitet.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes Berlin SO 16 / Am Kölln. Park 2

### Opul sparen!

Verlangen Sie HAUPT-KATALOG Unterhosen

- echt ägypt. Mako, gelb Bundweite 90-102 cm M. 1,35
- Schlüpfer Kräft. Baumwolle, in mod. Farb. Gr. 42-48 M. —,65
- Damen-Strümpfe prima K-Seide mit Mako plat. hier dunkle Farben. Schuhgr. angeben M. —,95
- Herren-Socken rein. Wolle gestrickt, mittelstark grau. Schuhgr. angeben M. —,75
- Krawattenhemden kräftige Qualität, Farb. blau, grün, beige Halsweite angeben M. 2,90
- Einsatzhemden gut. Trikot-Qualität, reichlich weit und lang. Halsweite 35-42 M. 1,95

Verpack. w. grunds. n. bez. Vers. g. Nachn. v. M. 15. — an portofrei Geld zurück, wenn Ware nicht gefällt.

### Billige böhm. Bettfedern

aus reine, gutfüll. Sorten. — Ein Kilo: graue geschlossene 2,50 Mk., halbweiße 3 Mk., weiße 4 Mk.

Bessere 5 Mk. u. 6 Mk., daunenweiße 7 Mk. und 8 Mk., beste Sorte 10 Mk. und 12 Mk., weiße ungeschlossene. Ruppelch. 6,50 Mk. u. 7,50 Mk., beste Sorte 9,50 Mk. Versand franko Zollfrei, gegen Nachn. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet. Benedikt Sachel, Lohes Nr. 782 bei Pilsen (Böhmen).

**Leim- u. Furnieröfen** von 4 Mk. an franko, Preisb. kostet. Gebr. Bettinger, Freiburg i. B.

## Witt hat einzig und allein Europas größten Spezial-Webwarenversand mit eigenen gewaltigen Webwaren-Fabriken!

4000 Arbeiter und Angestellte! Direkte Lieferung an Private!

Bei Bestellung von 15.— Mk. an erhalten Sie auf diese niedrigen Preise außerdem noch 5% Rabatt. Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch 6 Meter zurückgegebene jedoch haltbare Stoffe. Schreiben Sie mir heute noch! Sie sparen ungeheuer Geld!

Preise per Meter

- 26 Gardinen, sogenannter Vorhangstoff, einfache, jedoch solide, waschbare Sorte, mit hübschen Streifenmustern, etwas durchsichtig gewebt. 70 cm breit -12
- 27 Baumwollgewebe, ungebleicht, bessere, ziemlich dicke Sorte. 78 cm breit -15
- 28 Baumwolltuch, ungebleicht, vorzügliche, feste, fast unverwundliche Qualität. 78 cm breit -32
- 29 Baumwolltuch, ungebleicht, besonders feste, fast unverwundliche Qualität, für strapazierbare Bettücher usw. 140 cm breit -68
- 30 Weißes Hemdentuch, mittelstarkfädig, dichtgeschlossene, vorzügliche Qualität, für bessere Leib- und Bettwäsche. 80 cm breit -33
- 31 Hemdenflanell, besonders reißfeste, überaus haltbare Qualität, mit garantiert waschbarem Streifenmuster. 74 cm breit -31
- 32 Hemdenflanell, meine beste Sorte dieser Art, vorzügliche, kräftige, fast unverwundliche Qualität, mit garantiert waschbarem Streifenmuster. 80 cm breit -39
- 33 Hemdenzeil, sehr gute, mittelfeinfädige Sorte, besonders haltbar, mit etwas gedachten, mittelfarbigen Mustern, garantiert waschbar. 80 cm breit -34
- 34 Handtuchstoff, kräftige Strapazierqualität. 40 cm breit -28
- 35 Zrotierhandtücher, aus vorzüglichem Kräftstoff, mit schönen, eingewebten Mustern, weiche angenehme Sorte. 45x100 cm, per Stück -58
- 36 Wischtücher, solide, haltbare Sorte. 45x45 cm, per Stück -10
- 37 Wischtücher, karierte Muster, bessere, sehr strapazierbare bewährte Qualität. 55x55 cm, per Stück -22

Besonderer Ausnahmepreis! Abgabe hiervon bis 20 Meter an einen Abnehmer!

- 38 Weißes Hemdentuch, gute, besonders feste, mittelstarkfädige, dichtgeschlossene, kräftige Qualität, jedoch mitunter mit kleinen unheimbaren Knoppen versehen, welche sich beim Waschen entfernen lassen. Nach dem Waschen ist daselbe für gute, besonders solide sehr haltbare, kräftige Wäsche zu verwenden. 70 cm breit -24

An einen Besteller wird von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. 100 Stück abgegeben. — Versand erfolgt per Nachnahme von Mt. 10. — an, portofreie Lieferung von Mt. 20. — an.

Keine Garantie: Auf Wunsch sofortige Rücknahme jeder Ware auf meine Kosten und sofortige Rückabrechnung des vollen ausgelegten Betrages.

**Josef Witt, Weiden 392 (Opf.)**  
Größtes Webwaren-Spezialverhandshaus der Art Europas, mit eigenen Webwarenfabriken — mit eigenem Ausfällungswerk.